Nr. 290. 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 21. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Uebergangswirtschaft.

Von Heinrich Cunow.

Wie sich zu Beginn des Krieges eine allgemeine Anpassung des Wirtschaftsgetriebes an die durch den Krieg veränderten Produktions- und Handelsbedingungen als nötig erwiesen hat, so wird auch die Rückkehr zur Friedenswirtschaft wieder eine Umschaltung des heutigen Wirtschaftslebens erfordern. Nichts ist verkehrter als die Annahme, wenn nur erst der Krieg vorbei sei und die heute im Felde stehenden Massen in die Heimat zurückkehrten, werde sich schon alles von selbst machen. Dürften auch jene Pessimisten, die da meinen, daß dem Kriege eine das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands aufs schwerste erschütternde mehrjährige Krise folgen werde, kaum recht behalten, so ist es doch ebenso unverständig, sofort nach dem Friedensschluß einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erwarten. Wohl ist anzunehmen, daß verschiedene der großen Industrien sich bald erholen und schließlich in eine Hochkonjunktur hineingeraten werden, vor allem die Bergwerks- und Eisenindustrie, doch wird für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft eine gewisse Umbildungszeit erforderlich sein, in der es kaum an Stockungen, Rückschlägen und störenden Nachwirkungen aus der langen Kriegsperiode fehlen dürfte, zumal wenn dem sogen. Spiel der freien Kräfte allein die Wiederumschaltung überlassen bleibt.

Deshalb ist durchaus begreiflich, daß die Kreise der Großindustrie und des Handels, obgleich noch aufs heftigste an allen Fronten gekämpft wird und sich heute noch keineswegs absehen läßt, wann und wie der gewaltige Kampf im Westen und Osten enden wird, doch bereits ernstlich die Frage erwägen, wie sich am besten die heutige Kriegswirtschaft ohne nachhaltige Störungen wieder in die Bahnen der Friedenszeit hinüberleiten läßt. Abgesehen von einzelnen industriellen Gesellschaften hat besonders der Kriegsausschuß der deutschen Industrie sich eifrig mit dieser Frage beschäftigt. Schon seit Beginn des Jahres hat er in verschiedenen Kommissionen die mit der Rohstoffbeschaffung zusammenhängenden Fragen beraten und wertvolles statistisches Material zusammengetragen.

Auch die Regierung hat dadurch, daß sie den Hamburger Senator Dr. Sthamer zum Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft ernannt hat, eine Regierungszentralstelle zur Inangriffnahme der nötigen Vorarbeiten geschaffen, freilich zunächst noch eine Behörde, deren Tätigkeitsfeld und deren Kompetenzen ziemlich beschränkt sind. Die Bundesratsverordnung vom 3. August schafft für die Tätigkeit des Reichskommissars nur erst einen allgemeinen Rahmen. Besondere Vollmachten zur Durchführung von Uebergangsmaßnahmen sind durch diese Verordnung weder Herrn Dr. Sthamer selbst, noch dem Reichskanzler als der vorgesetzten Instanz eingeräumt worden. Vorläufig erteilt die genannte Bundesratsverordnung dem Reichskommissar nur das Recht, alle nötigen Auskünfte einziehen zu können und zu diesem Zweck Einsicht in die Geschäftsbücher und Warenbestände der beteiligten Firmen nehmen zu dürfen. Daß jedoch die Angelegenheit inzwischen keineswegs geruht hat, zeigen die Mitteilungen, die der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Helfferich am 14. Oktober dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe über die Pläne der Regierung gemacht hat. Nach seinen Ausführungen wird die Hauptaufgabe des Reichskommissars in der Beschaffung von Arbeit für die aus dem Felde Heimkehrenden, in der Fürsorge und Unterbringung der Kriegsbeschädigten, der Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte aus den industriellen Betrieben, der Wiederherstellung der teilweise aufgehobenen Arbeiterschutzgesetzgebung sowie in der Kreditbeschaffung für geschädigte Unternehmungen, der Verbesserung der Währung (Valuta) und der Wiederflüssigmachung eines Teils der in Kriegsanleihen angelegten Kapitalien bestehen. Ferner soll die Rohstoffversorgung in der ersten Zeit nach dem Kriege unter staatliche Leitung gestellt werden.

Wie die Regierung im einzelnen diese Probleme zu lösen gedenkt, darüber fehlen vorläufig noch alle näheren Angaben. Die wichtigste Aufgabe des Reichskommissars wird jedenfalls darin bestehen, die nötige Vorsorge dafür zu treffen, daß nicht bei der Entlassung der aus dem Felde heimkehrenden Truppen in einer Weise verfahren wird, die notwendig zur Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit unbeschäftigten Arbeitskräften führt. Es könnte den heimkehrenden Feldgrauen und ihren Familien nichts Schlimmeres passieren, als daß sie einfach entlassen würden, ohne Rücksicht darauf, ob der Produktions- und Handelsbetrieb sich bereits so weit umgeschaltet hat, daß die Entlassenen mit einiger Sicherheit darauf rechnen können, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu finden. So sehr die meisten der im Felde Stehenden danach verlangen mögen, zu ihren Familien zurückzukehren und ihre frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen, wäre doch eine solche massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Not das Schlimmste, was sie treffen könnte. Die Entlassungen dürfen nur nach und nach stattfinden unter genauer Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes. Sie können deshalb auch nicht in allen Landesteilen, ganz gleich, ob es sich um landwirtschaftliche, kleingewerbliche oder großindustrielle Gegenden handelt, zu gleicher Zeit erfolgen; vielmehr muß die Wirtschaftslage in Betracht gezogen werden, ebenso auch der Beruf der zur Entlassung Kommenden. Als nötig wird sich wahrscheinlich erweisen, daß die Landwirtschaft, die Bergwerks- und Eisenindustrie, die chemische Industrie, die Schiffahrt, der Eisenbahn- und Postbetrieb usw. zuerst die ihnen heute fehlenden Arbeitskräfte zurück erhalten. Zudem aber werden jene industriellen Gemeinden, in denen wegen Mangel an den nötigen Rohstoffen nicht alsbald nach Friedensschluß wieder mit der früheren industriellen Tätigkeit begonnen werden kann, angehalten werden müssen, städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen, unter Umständen mit finanzieller Unterstützung der Bundesstaaten und des Reichs, damit dort Arbeitsgelegenheiten für die Entlassenen geschaffen werden.

Während aber einerseits durch eine regelnde Beeinflussung des Arbeitsmarktes dafür gesorgt werden muß, daß der aus dem Felde zurückkehrende Arbeiter möglichst lohnende Beschäftigung findet, muß andererseits dem Handwerker oder Kleinhändler, der infolge seiner Einberufung seinen Geschäftsbetrieb zeitweilig ganz einstellen mußte oder dessen Geschäft unter dem Einfluß des Krieges verkümmert ist, durch Einräumung eines billigen Kredits die Möglichkeit geboten werden, sich wieder emporzuarbeiten.

Wichtiger wird jedoch sein, wieder Rohstoffe und Lebensmittel in Deutschland hereinzuschaffen. Dazu ist nötig, daß die deutsche überseeische Frachtschiffahrt alsbald nach dem Kriege in möglichst weitem Maße wieder ihren Betrieb aufzunehmen vermag, und zwar kann nicht ohne Weiteres in das Belieben jedes einzelnen Reeders gestellt werden, welche Schiffahrtslinie er zuerst wieder eröffnen und welche Schiffsräume er dem Frachtverkehr mit bestimmten überseeischen Rohstoffgebieten zur Verfügung stellen will. Wenn, wie Herr Dr. Helfferich mitteilte, den Schiffahrtsgesellschaften vom Reich billiger Kredit eingeräumt werden soll, dann muß unbedingt als Gegenleistung gefordert werden, daß die Wiederaufnahme des Frachtdienstes nicht lediglich nach Profitinteressen erfolgt, sondern den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Wiederumschaltung angepaßt wird. Auch eine straffe Regelung und Beaufsichtigung des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels ist nötig. Es kann keineswegs den deutschen Importeuren überlassen bleiben, sofort einzuführen, was ihnen beliebt und was ihnen den größten Nutzen verspricht, denn das würde voraussichtlich einen Massenimport von mancherlei Luxusartikeln zur Folge haben, während die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel, die nicht gleichen Gewinn abwirft, vorerst vernachlässigt würde. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren muß, soll die Umschaltung des Wirtschaftslebens möglichst rasch vorwärts schreiten und der Wechselkurs sich nicht noch ungünstiger gestalten als jetzt, zunächst gehemmt werden. Nur die zu industriellen Zwecken nötigen Rohmaterialien, vornehmlich Gespinnststoffe, und die zur Deckung des gewöhnlichen Nahrungsbedarfs erforderlichen Lebensmittel, wie Fette, Oele, Käse, Milch, Kaffee, Reis, Fische, Eier usw. dürfen eingeführt werden. Dagegen muß, schon um die Zahlungsbilanz zu verbessern und das Aufgeld herabzudrücken, das wir heute dem Ausland für die von ihm gelieferten Waren zahlen müssen, die Ausfuhr möglichst schnell gesteigert werden, unter den Umständen, wie sie sich voraussichtlich nach dem Kriege ergeben werden, heißt das: vor allem muß die Erzeugung von Kohlen, Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und chemischen Fabrikaten gesteigert und zur Ausfuhr gebracht werden; denn nach solchen Artikeln wird in den Ländern, die uns Rohstoffe und Lebensmittel zu liefern vermögen, die größte Nachfrage sein. Daneben gibt es einen großen Teil der noch immer in deutschen Händen befindlichen ausländischen Wertpapiere, soweit möglich auch einen Teil der deutschen Kriegsanleihen im Auslande abzustoßen, damit Industrie, Handel und Landwirtschaft neue Betriebsmittel erhalten.

Es sind also recht umfangreiche, schwierige Aufgaben, vor die der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft sich gestellt findet. Um die Durchführung der geplanten Maßnahmen zu erleichtern, ist die Heranziehung von Sachverständigen und Mitarbeitern aus den verschiedenen Berufen sowie die Errichtung eines großen Beirats mit Unterabteilungen beabsichtigt. Als selbstverständlich ist zu fordern, daß auch die Arbeiterschaft, die zweifellos das größte Interesse an einer sachgemäßen Durchführung der Uebergangsmaßnahmen hat, in den Beirat und Sachverständigenausschüssen die ihr zukommende Vertretung findet.

Deutscher Protest gegen Norwegen.

Amtlich. **Berlin**, 20. Oktober. (W. T. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die norwegische Regierung hat, um den Eindruck ihrer Verordnung vom 13. Oktober abzuschwächen, ihre Antwort auf die Denkschrift der Ententemächte über die Behandlung der U-Boote veröffentlicht, worin sie sich einerseits das Recht zuspricht, Kriegsunterseebooten jeden Verkehr und Aufenthalt auf norwegischem Seegebiet zu untersagen, andererseits aber ihre Pflicht verneint, irgend einer der kriegführenden Mächte gegenüber ein solches Verbot zu erlassen.

Zu dieser Erklärung ist zu bemerken, daß sich die Verordnung offenbar im wesentlichen nur gegen Deutschland richtet und daher dem Geist wahrer Neutralität nicht entspricht. Der deutsche Gesandte in Kristiania ist daher beauftragt worden, gegen das Vorgehen der norwegischen Regierung nachdrückliche Verwahrung einzulegen.

Die griechischen Wirren.

Eine franzosenfeindliche Demonstration in Athen.

London, 19. Oktober. (W. T. B.) Dem „Daily Telegraph" wird aus Athen vom 18. gemeldet: Als gestern um 11 Uhr abends 80 französische Matrosen die Hauptstraße abpatrouillierten, begann in der Stadionstraße die Menge, die der Patrouille folgte, zu johlen, und Rufe: „Weg mit Frankreich!" und „Es lebe der König!" wurden laut. Der französische Offizier ließ darauf die Patrouille Kehrt machen und die Menge angreifen. Es entstand ein Handgemenge, in dem neun Demonstranten verhaftet wurden; die Uebrigen liefen davon. Auf der anderen Seite der Straße sah eine berittene griechische Patrouille zu, ohne etwas zu unternehmen. Die französische Patrouille nahm die verhafteten Personen in ihre Mitte und kehrte nach dem Zappeionpark zurück. An einer anderen Stelle der Stadionstraße begegnete die Patrouille einem ganzen griechischen Bataillon, das auf den Bürgersteig auswich, um den Weg freizumachen. Als die französische Patrouille ihr Quartier im Zappeionpark erreichte, wurden die neun Verhafteten untersucht. Sechs wurden sofort freigelassen, drei wurden in Haft genommen. Einer davon ist Dr. Konstantinos, bei dem ein Brief an die Königin gefunden wurde. Der Doktor gab zu, „Weg mit Frankreich!" gerufen zu haben und einen Revolver bei sich zu führen.

Nach einer Meldung der Exchange Telegram Company heißt der Angehaltene Alexion. Er ist Tierarzt in den königlichen Stallungen und hat einen Revolverschuß abgegeben.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 19. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front. Zwischen dem Prespa-See und der Eisenbahn Bitolia—Florina das übliche Artilleriefeuer. Im Cernabogen heftiges Artilleriefeuer und Infanteriekämpfe. Der Kampf dauert an. Ein schwacher feindlicher Angriff gegen Larnova wurde abgeschlagen. Im Moglentcatale und beiderseits des Wardar schwache Artillerietätigkeit. Am Fuße der Belasica Planina Ruhe. An der Strumafront lebhafte Aufklärungstätigkeit und stellenweise schwaches Artilleriefeuer. Ein feindlicher Kreuzer beschoß an der Küste des Aegäischen Meeres ergebnislos die Höhen in der Umgegend des Dorfes Orfano.

Rumänische Front. Auf der ganzen Front kein wesentliches Ereignis.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 20. Oktober. (W. T. B.) Heeresbericht vom 19. Oktober.

Front in Persien: Die feindliche Kavallerie versuchte, sich zwischen Hamadan und Bidjar Hamadan zu nähern, wurde jedoch unter Verlusten für sie zurückgetrieben. Wir machten einige berittene Kosaken mit ihrer gesamten Ausrüstung zu Gefangenen. Unsere Aufklärungsabteilungen, die in der Richtung östlich von Sakis nach Aserbeidschan vorgeschickt waren, warfen den Feind zurück und erreichten die Gegend der Ortschaft Saims Kale, 40 Kilometer nordöstlich von Sakis. Sie trieben die russischen Streitkräfte, die ihnen begegneten, zurück. Eine feindliche Kavallerieabteilung versuchte, unsere nördlich von Sakis vorgeschobenen Abteilungen anzugreifen, wurde aber unter Verlusten für sie zurückgeschlagen.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel Scharmützel zu unseren Gunsten. In der Gegend westlich Kighie nahmen wir dem Feinde eine Menge Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial ab. Im Zentrum und auf dem linken Flügel für uns günstige Patrouillenzusammenstöße, in deren Verlauf wir eine Anzahl Gefangene machten. Ein vom Feinde unter dem Schutz von Maschinengewehrfeuer ausgeführter Angriff wurde abgeschlagen. Von den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 19. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Dampfer „Alaunia" ist gesunken.

„Alaunia" ist ein Cunard-Dampfer von 8000 Nettotonnen (13 405 Bruttoregistertonnen). Der Kapitän und 168 Mann der Besatzung sind gelandet. Ungefähr 180 Fahrgäste, darunter eine Anzahl Frauen und Kinder, sind früher gelandet worden.

Bern, 20. Oktober. (W. T. B.) Wie „Temps" aus Marseille meldet, hat der Dampfer „Ernest Timons" 34 Mann der Besatzungen der drei im Mittelmeer versenkten Dampfer „Croßhill" (6002 Reg.-To.), „Clar" (3980 Reg.-To.) und „Heintsfall" gelandet.

Frederikshavn, 20. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der dänische Dampfer „Eos" hat heute nacht hier die Besatzung des Gotenburger Dampfers „Normandiet", 18 Mann und 8 Frauen, eingebracht. Ein U-Boot hatte die „Normandiet", die mit Eisen und Maschinen von Gotenburg nach Rouen unterwegs war, zwischen Vinga und Skagensfeuerschiff angehalten. Der Mannschaft wurde befohlen, von Bord zu gehen, und darauf wurde der Dampfer wahrscheinlich versenkt.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 19. Oktober nachmittags. (W. T. B.) Nördlich von der Somme haben die Franzosen in der Nacht das Dorf Sailly-Saillisel eingerichtet und die an den Rändern dieser Ortschaft eroberten Stellungen gesichert. Deutsche Gegenangriffe von einem Weiler in der Nachbarschaft von Saillisel aus wurden durch Sperrfeuer vereitelt. Die Gewinne der Franzosen sind restlos behauptet worden. Südlich von der Somme haben die Franzosen zwischen Maisonnette und Biaches einige weitere Fortschritte gemacht. In Lothringen wurde ein deutscher Handstreich auf einen französischen Graben bei Bures (nordöstlich von Lunéville) leicht abgeschlagen.

Luftkrieg. Französische Flugzeuge haben gestern während der Operationen bei Sailly-Saillisel die deutschen Truppen in der Gegend von Biaches mit Maschinengewehren angegriffen. Es bestätigt sich, daß der Feldwebel Dorne nördlich von Péronne sein 14. deutsches Flugzeug abgeschossen hat. Ein anderes deutsches Flugzeug, das am 16. Oktober als ernstlich getroffen gemeldet worden ist, ist in der Nähe von Beauloncourt in Trümmer gegangen.

Orientarmee: In der Gegend am Dojransee sind bulgarische Angriffe auf die Stellungen nördlich von Dodjoli in der Nacht zum 18. Oktober unter ernsten Verlusten durch Feuer zurückgewiesen worden. Im Berggebiet des Dobre Polje dauert der Kampf trotz des erbitterten Widerstandes des Feindes mit Vorteil für die Serben fort. Auf dem linken Ufer der Cerna haben die Serben in glänzendem Kampfe das Dorf Brod genommen und etwa 50 Gefangene gemacht. An unserem linken Flügel dauert der Artilleriekampf heftig fort.

Vom 19. Oktober abends. (W. T. B.) Nördlich der Somme versuchten die Deutschen vergeblich gegen 5 Uhr unsere Linien nördlich und östlich von Sailly-Saillisel anzugreifen. Unser Artilleriefeuer zerstreute die Sturmwellen beim Losbrechen und fügte dem Feinde merkliche Verluste zu. Südlich der Somme erreichten wir im Laufe des Tages neue Fortschritte zwischen Biaches und Maisonnette. Die Gesamtzahl der während der gestrigen Kämpfe gemachten Gefangenen überschreitet gegenwärtig 350, darunter etwa 10 Offiziere.

Belgischer Bericht. Artilleriekampf in der Gegend von Dixmuiden und bei Steenstraete. Von der übrigen Front nichts Besonderes.

Die englische Meldung.

Vom 19. Oktober nachmittags. (W. T. B.) Es hat die ganze Nacht sehr stark geregnet. Gelungene Handstreiche gestatteten den britischen Truppen bei Loos und südlich von Arras in deutsche Laufgräben einzudringen. Es ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Vom 19. Oktober abends. (W. T. B.) Wir rückten bei der Höhe von Warlencourt leicht vor. Ein dort unternommener Gegenangriff des Feindes wurde durch unser Sperrfeuer angehalten.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 19. Oktober. (W. T. B.) An der Strumafront nichts Wichtiges. Im Abschnitt von Dojran unternahm der Feind in der Nacht vom 17. Oktober einen kräftigen Angriff gegen unsere rechte Flanke, der zurückgeschlagen wurde.

Bericht aus Aegypten vom 19. Oktober. (W. T. B.) Unsere berittenen Streitkräfte unternahmen einen Aufklärungsmarsch gegen das vom Feinde besetzte Moghara, 65 Meilen östlich von Samiulia. Nach einem Marsche von zwei Nächten durch sandiges, schwieriges Gelände wurde der Feind in einer starken Stellung entdeckt. Am Morgen des 15. gelang es uns, ihn nach zweistündigem Kampfe, bei dem unsere Flugzeuge die Hauptstellung des Feindes mit Bomben bewarfen, zurückzuwerfen, ein Dutzend Leichen wurde in den Laufgräben festgestellt. Außerdem nahmen wir 16 Türken gefangen und erbeuteten eine Anzahl Kamele. Unsere Verluste sind: ein Toter und zwei Verwundete. Unsere Kolonnen kehrten am 17. zurück, ohne ein einziges Kamel verloren zu haben. Wir sammelten auf diese Weise sehr wertvolle Informationen über die Stellung des Feindes und über das Gelände.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 19. Oktober. (W. T. B.)

Westfront. Nördlich des Dorfes Kistelin griffen die Deutschen nach Ablassen von Gas und unter der Deckung heftigen Artilleriefeuers unsere Gräben an; sie wurden zurückgeschlagen. In der Gegend östlich des Fleckens Swiniuchi dauert der erbitterte Kampf fort. Wir schlugen alle Angriffe des Gegners ab. Nördlich von Kuropatniki nahmen wir gestern einen Offizier, 85 Soldaten gefangen und erbeuteten einen Bombenwerfer. In der Gegend des Dorfes Potnborg südlich von Brzczany mußte ein feindliches Flugzeug, das durch unsere Artillerie abgeschossen war, niedergehen. Das Flugzeug verbrannte beim Sturz, seine Insassen nahmen wir gefangen. In der Gegend von Dorna Watra schlugen wir alle wiederholten Angriffe des Feindes ab.

An der Karpathenfront heftiger Schneesturm.

Kaukasusfront: Zwanzig Werst nordwestlich Kalkit bei Talmich führten unsere Gebirgskosaken einen kühnen Handstreich gegen einen türkischen Posten aus, den sie fast völlig aufrieben, wobei sie einige Gefangene machten. Zehn Werst südöstlich von Musch bei Mornik schlug sich unser durch den an Zahl überlegenen Feind umringte Posten tapfer zu seinen Gräben durch und erlitt nur unbedeutende Verluste.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 19. Oktober. (W. T. B.)

Auf dem Monte Pasubio folgten sich fast ohne Unterbrechung Angriffe und Gegenangriffe, die verbunden waren mit äußerst heftigen Beschießungen. Am gestrigen Vormittag wurde der Gegner, dem es gelungen war, in eine Schanze auf dem Horn einzudringen, vollständig in einem wütenden Kampfe Mann gegen Mann vertrieben. An 100 Gefangene, darunter neun Offiziere, ein Geschütz und eine dem Feinde abgenommene Haubitze von 10,5 Zentimeter zeugen von dem Mut unserer Truppen an diesem schweren Tage. Auf dem übrigen Teile der Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit. Auf dem Karst machten wir in kleinen Gefechten einige Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf Borgo, Carinzia und auf unsere Linien östlich von Görz, ohne Opfer zu fordern oder Schaden anzurichten. Bei Castel San Giovanni (Zdanigrad, westlich von Comen) setzten unsere Flieger einen feindlichen Beobachtungsballon in Brand.

Der rumänische Bericht.

Vom 19. Oktober. (W. T. B.)

Nord- und Nordwestfront: Bei Fulgbes und Bicaz Artilleriekämpfe. Eine unserer Abteilungen, die über das Gebirge ging, überraschte bei Agas (Trotus-Tal) feindliche Truppen, die sie mit dem Bajonett angriff. Sie zerstörte zwölf feindliche Kanonen und Wagen, tötete Pferde und zog sich unter Mitnahme von 600 Gefangenen wieder zurück. Eine andere Abteilung, die Gotoafa (Trotus-Tal) angriff, überraschte den Feind, machte 800 Gefangene und erbeutete Maschinengewehre. Im Uzul-Tal haben wir feindliche Angriffe zurückgewiesen. Im Oituz-Tal dauern die Kämpfe mit äußerster Erbitterung an. In Brancea leichte Kämpfe. An der Grenze bei Tabla Buzi leichte Gefechte. Im Buzeu-Tal Artilleriekämpfe. Bei Bratocia und bei Predelus ist die Lage unverändert. Bei Predeal haben wir kleine feindliche Einheiten über die Grenze zurückgeworfen, die gegen Clabucetul und Taurului vorrückten. Im Engpaß von Bran haben wir gegen Dragoslavele Boden gewonnen. Kleine feindliche Kolonnen, die gegen den Scara-Paß vorgerückt waren, sind angehalten worden. Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Süd- und Südwestfront: Die Lage ist unverändert.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 20. Oktober. (W. T. B.) Reutermeldung. Die belgischen Truppen in Ostafrika unter dem Befehl von Tombeur halten jetzt den Teil westlich von der Zentraleisenbahn vom Tanganjika-See nach Tabora und in einem Abstand von 65 Kilometer östlich von diesem Ort besetzt. Der Feind zerstörte auf seinem Rückzuge sämtliche Brücken, aber die Belgier schafften Material vom Kongo über den Tanganjika-See nach Kigoma und nahmen Ausbesserungsarbeiten vor. Nach den letzten Meldungen ist der Eisenbienst auf einer Strecke von 80 Kilometer wieder aufgenommen worden. Die Linie Tanganjika-See—Tabora wird in kurzer Zeit wieder eröffnet werden. Die Deutschen haben auch die Linie von Tabora zum Meere stark beschädigt und wichtige Brücken zerstört. Bis zur Wiederherstellung der Linie haben die Engländer dort einen Automobildienst eingerichtet. Nördlich von der Zentraleisenbahn befindet sich kein Deutscher mehr und der Feind ist gleichfalls von den Ufern des Victoria-Nyassa- und Tanganjika-Sees vertrieben. Die Zahl der dort zurückgebliebenen Deutschen wird auf etwa tausend geschätzt. Die Deutschen flüchteten bei der Annäherung der siegreichen alliierten Truppen in der Richtung auf Neu-Iringa und sind jetzt in der Gegend von Mehangi versammelt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. Oktober 1916. (W. T. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei regnerischem Wetter blieb der gegenseitige Artilleriekampf auf beiden Somme-Ufern lebhaft.

Ein Angriff entriß den Engländern den größten Teil der am 18. 10. in ihrer Hand gebliebenen Gräben westlich der Straße Eaucourt l'Abbaye – Le Barque.

In den Abendstunden scheiterten Vorstöße englischer Abteilungen nördlich von Courcelette und östlich von Le Sars.

Nachträglich wird gemeldet, daß die Engländer sich bei dem letzten großen Angriff auch einiger von ihren so gerühmten Panzerkraftwagen (Tanks) bedienten. Drei liegen durch unser Artilleriefeuer zerstört vor unseren Linien.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Vor den von uns gewonnenen Stellungen nördlich von Siniawka am Stochod brachen mehrere russische Gegenangriffe verlustreich zusammen.

Südwestlich von Swistelniki auf dem Narajowka-Westufer stürmten deutsche Bataillone eine wichtige russische Höhenstellung mit ihren Anschlußlinien und schlugen Wiedereroberungsversuche blutig ab. Der Gegner ließ hier wiederum 14 Offiziere, 2050 Mann und 11 Maschinengewehre in unserer Hand.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Südteil der verschneiten Waldkarpathen wurde der Feind vom Gipfel des Mt. Rusului geworfen.

An den siebenbürgischen Grenzkämmen nehmen die Kämpfe ihren Fortgang.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Gefechtstätigkeit an der Dobrudschafront ist lebhafter geworden.

Mazedonische Front.

Nach anfänglichem Erfolg wurde ein serbischer Angriff im Cerna-Bogen zum Stehen gebracht.

Nördlich der Nidze Planina und südwestlich des Dojran-Sees scheiterten feindliche Teilvorstöße.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

• • •

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Oktober 1916. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

An der ungarisch-rumänischen Grenze wird weiter geklimpft. Südöstlich von Dorna Watra wurde dem Feinde der Monte Rusului entrissen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Narajowka nahmen deutsche Truppen dem Feinde bei der Erstürmung einer Höhe über 2050 Gefangene und elf Maschinengewehre ab. Am obersten Stochod scheiterten mehrere Angriffe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Pasubiogebiet dauern die Kämpfe fort. Nach langer heftiger Beschießung griffen gestern 4 Uhr nachmittags die Italiener unsere Stellungen nördlich des Gipfels an. Wieder kam es zu erbitterten Nahkämpfen. Unter Führung ihres Oberst-Brigadiers Ellison schlugen die tapferen Tiroler Kaiserjäger des 1., 3. und 4. Regiments sämtliche Angriffe erneut blutig ab. Alle Stellungen blieben in ihrem Besitz. Ueber hundert Italiener wurden gefangen.

Durch starke Artillerie unterstützt, griff an der Fleimstalfront ein Alpinibataillon die Forcella di Sadole und den Kleinen Cauriol an. In unserem Maschinengewehrfeuer brach der Angriff zusammen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Zur Kriegslage.

Der Fortgang des Ringens.

Von Richard Gädke.

Berlin, 17. Oktober.

Am 24. Juli erklärte Herr Lloyd George im Hause der Gemeinen: „Die Aussichten sind auf der ganzen Front gut. Unsere Generäle sind mehr als befriedigt über die Fortschritte, die wir machen." Nachdem er dann hohe Worte begeisterten Lobes für die Tüchtigkeit des englischen Heeres gefunden hatte, die wir ihm nicht verdenken wollen, denn wir haben wirklich einen tapferen Gegner vor uns, der sein Blut verschwenderisch vergießt, fuhr er mit der Feststellung fort, daß sie die Zahl und alle anderen Hilfsmittel auf ihrer Seite hätten, und endigte mit der zuversichtlichen Behauptung, daß die Engländer „in wenigen Tagen" den Sieg über einen Feind davontragen würden, der zu Anfang unbesiegbar erschien.

Seit diesem Prophetenworte sind nahezu drei Monate verflossen und Herr Lloyd George, wie alle unsere Gegner, werden sich inzwischen überzeugt haben, daß die glücklichen Propheten sparsam gesät sind in dieser Welt der Unzulänglichkeiten, und daß er zu diesen Glücklichen jedenfalls nicht gehört. Größer als die Macht ihrer Zahl und ihrer schweren Geschütze waren der unvergleichliche Opfermut und die eiserne Zähigkeit der deutschen Männer in den zerschossenen Schützengräben. Wenn sie auch unter dem Druck der Uebermacht und unter der Wirkung des mörderischen Eisenhagels die brennenden Trümmer der Dörfer aufgeben mußten, aus den aufgewühlten Höhen und den sterbenden Wäldern verdrängt wurden, nach wenigen hundert Metern setzten sie sich von neuem fest, hungernd und dürstend, in brennender Sonnenglut und in der erstarrenden Kälte der Sommernächte nahmen sie den Kampf unerschüttert von neuem wieder auf. Nach einer Schlacht von 108 Tagen, in der die ganze Kraft des französischen und englischen Heeres eingesetzt wurde, hat diese den Sieg, den entscheidenden Durchbruch noch immer nicht erzwungen.

Aber der Kampf geht weiter; das Drama scheint sich nach der jüngsten Darstellung des Generalstabes einem Höhepunkt zu nähern. Der Gegner hat anscheinend seine Hoffnungen noch nicht aufgegeben. Wir werden uns fragen dürfen, worauf er sie gründet. Anerkennen werden wir müssen, daß er ruckweise örtliche Fortschritte gemacht hat. Sobald die Angriffskraft seiner Truppen erlahmte, setzte das mörderische Trommelfeuer seiner zahlreichen Geschütze ein, unverdrossen Tag für Tag und Nacht für Nacht, das nach den guten Beobachtungen seiner Flugzeuggeschwader und nach der Karte sicher geleitet wurde. Inzwischen holte er neue Truppen auf das Schlachtfeld heran und füllte die Bataillone wieder auf, die zu Gerippen geworden waren. Wurde dies der französischen Heeresleitung auch schwer, so ist es ihr bisher doch immer noch geglückt; erst neuerdings möchte sie zu dem verzweifelten Mittel greifen, englischen Ersatz in französischen Divisionen einzustellen, für uns ein Beweis, was für entsetzliche Lücken unser Feuer in ihre Reihe gerissen hat. Mit den neuen Waffen versuchten sie dann neue allgemeine Stürme manchmal nach kürzerer, manchmal nach längerer Ruhepause. Unleugbar hatte eine Zeitlang fast jeder neue Angriff ihnen bald hier bald dort neuen Raumgewinn eingetragen. So mögen sie denn hoffen, daß sie schließlich die örtlichen Fortschritte doch noch zu einem großen Durchbruch, zum entscheidenden Siege zu erweitern vermögen, sofern sie nur ihre Reihen immer wieder zu neuen Opfern zu füllen vermögen. Daß sie ungeachtet der gesteigerten Tätigkeit unserer U-Boote den Schießbedarf immer wieder wenigstens noch geraume Zeit hindurch zu ergänzen vermögen, werden wir am besten voraussetzen. Wie lange es mit dem Menschenbedarf so fort gehen wird, das ist glücklicherweise eine andere Frage. Eine Tatsache dürfen wir feststellen: seit dem verhältnismäßigen großen Erfolge des 25. Septembers sind alle ihre späteren Angriffe gescheitert, auch ihr jüngster riesenhafter Durchbruchsversuch, der am 7. Oktober mit großer Heftigkeit einsetzte und am 12. Oktober seinen Höhepunkt erreichte, hat sie dem erstrebten Ziele nicht näher gebracht. Die unbestimmte Ausdrucksweise und die verlogene Kürze ihrer eigenen Berichte ist uns ein vollgültiger Beweis dafür. Die Angabe, daß ihre Truppen die Ziele erreicht hätten, die sie sich vorgesetzt, ohne jede Ortsangabe, ist eine inhaltsleere Redewendung, die den Mißerfolg verdecken soll.

Aber gerade die blutige Höhe ihrer Verluste ist es, die sie mit zwingender Gewalt zu immer neuen Anstrengungen treibt, wie der unglückliche Spieler seine Einsätze verdoppelt. Denn wenn sie nach so ungeheuren Opfern das Scheitern des Durchbruchplanes eingestehen müssen, den sie als Wendung des ganzen Kriegsglücks im voraus bezeichnet hatten, was sollen sie dann ihren Völkern sagen? Deswegen dürfen wir mit einem Ende der ungeheueren Schlacht nur dann rechnen, wenn ihre gelichteten Scharen zu keinem Angriff mehr vorzutreiben sind.

Nun sind in der Tat die Verluste unserer Gegner während ihrer Sommeoffensive — man muß auf diesen Nachweis immer Wert legen — weitaus höher, als sie zugegeben haben. Die Zahlen, die auch in unseren Zeitungen mitgeteilt wurden, sind viel zu niedrig. Sofern sie nicht unseren Gegnern zur bewußten Täuschung der Welt dienen sollen, sind sie zum mindesten längst überholt. Es ist ja auch klar, daß zwischen dem Verlusttage und dem Erscheinen der Verlustlisten in den Zeitungen immer ein beträchtlicher Zeitraum vergehen muß. So beziffern die Engländer ihre Einbuße für die drei ersten Monate ihrer Sommeoffensive auf nur 300 000 Köpfe, während unser Hauptquartier sie bereits für den einen Monat Juli auf mindestens 230 000 Mann veranschlagt hatte. Einen Anhalt für richtige Berechnung geben die bekanntgegebenen Offiziersverluste — auch sie voraussichtlich hinter der Wahrscheinlichkeit etwas zurückbleibend — und ihr erfahrungsmäßiges Verhältnis zu den Mannschaftsverlusten. Auch in diesem Kriege hat sich nach den weiter zurückliegenden, zutreffenden Angaben unserer und der fremden Heere gezeigt, daß auf einen Offizier durchschnittlich mindestens 25 Unteroffiziere und Gemeine zu rechnen sind — oft noch mehr. Nun sind vom 1. Juli bis zum 10. Oktober bereits 28 433 englische Offiziere als tot, verwundet, vermißt, gefangen namentlich angegeben worden. Hiernach müßte ihr Gesamtverlust in den drei Monaten auf über 700 000 Mann geschätzt werden. Wenn man dann den Verlust der Franzosen, die keine Listen veröffentlichen, nach dem hier und da bekannt gewordenen Verhältnis der Frontbreiten abschätzt, wird man mit 400 000 Mann eher zu niedrig als zu hoch greifen. Runden wir aus Vorsicht nochmals nach unten ab, so hat die Sommeoffensive unserer Gegner bisher eher über als unter eine Million Männer gekostet (von denen, um Irrtümern zu begegnen, sei es bemerkt, natürlich eine große Anzahl Verwundeter inzwischen wieder hergestellt und vielleicht zum zweiten Male getroffen worden sind!). Solcher Aderlaß geht an unseren westlichen Gegnern nicht spurlos vorüber; er erklärt mit die unerschütterliche Stärke unseres Widerstandes. Die größere Zahl wird durch die größeren Verluste immer wieder wettgemacht.

Noch viel schlimmer steht es bei den Russen. Wir haben neulich gelesen, daß sie seit dem 1. Juli über eine Million Menschen eingebüßt hätten. Auch diese Zahl ist viel zu gering, der Kiewer Erkennungsdienst verzeichnet neuerdings einen Verlust von 76 800 Offizieren, das läßt auf einen Gesamtverlust von rund 1 900 000 Menschen schließen. Der Gesamtverlust unserer drei Hauptgegner, ohne die Italiener, Rumänen, Belgier zu rechnen, wird also während des Sommers 1916 der furchtbaren Zahl von drei Millionen Mann nicht ferne bleiben — immer mit der gleichen Einschränkung wie für den Westen. Der dauernde, in diesem Kriege nicht mehr zu ersetzende Verlust von Engländern, Franzosen, Russen beträgt seit dem 1. Juli sicher mehr als anderthalb Millionen Köpfe, auch von der anderen Hälfte wird noch eine große Zahl die Lazarette füllen.

Das erklärt denn auch, warum die Offensive Brussilows nicht mehr in Fluß kommen will, seine jüngsten Teilvorstöße restlos gescheitert sind, warum er den Rumänen nicht helfen konnte, warum die Sarrailarmee, die ebenfalls nicht vorwärts kommt, keine Verstärkungen erhalten kann, bis das unglückliche Griechenland zur Mithilfe gewaltsam gepreßt worden ist.

Geschosse werden unsere Gegner noch heranschaffen können, die zum Siege erforderliche Ueberzahl von Männern aber in der nächsten Zeit jedenfalls nicht. Die Franzosen werden überhaupt fast nur auf Farbige und auf Knaben rechnen können, den Russen wird die Ausbildung neuer Rekruten von Monat zu Monat schwieriger werden. Ueber die englischen Ersatzmöglichkeiten will ich mich eines gleich bestimmten Urteils enthalten — aber die Besuche unserer Zeppeline werden starke Kräfte an das Heimatland bannen, die Flotte, die Handelsschiffahrt und die Fabriken nehmen ungezählte Männer für sich in Anspruch.

Wenn die Kritiker des Vierverbandes jetzt die Forderung erheben, die Anstrengungen aller Heeresleitungen auf einem einzigen Kriegsschauplatz möglichst zu vereinen, so stehen diesem frommen Wunsch eben jene Verluste, der bisherige Gang der Ereignisse, die geographische Lage, die Zeit und politischen Verhältnisse als unüberwindliche Hindernisse entgegen. Darüber vielleicht ein andermal mehr.

Dichtung und Wahrheit.

Unter dieser Ueberschrift meldet Wolffs Telegraphen-Bureau amtlich:

Französischer Heeresbericht vom 18. Oktober nachmittags: „Luftkrieg. Eine französisch-englische Gruppe von 40 Flugzeugen beschoß die Mauser-Werkstätten in Oberndorf am Neckar. 4340 Kilogramm Geschosse wurden abgeworfen und ihr Einschlagen in die Ziele beobachtet. Sechs deutsche Flugzeuge wurden im Laufe der von ihnen zur Verteidigung der Werkstätten eingeleiteten Unternehmungen abgeschossen."

Amtliche deutsche Feststellung:

Von den 40 englisch-französischen Flugzeugen haben 15 Oberndorf erreicht und etwa 60 Bomben dort abgeworfen. Die übrigen feindlichen Flugzeuge wurden durch die Angriffe unserer Flieger zerstreut und warfen ihre Bomben wahllos auf Wald, Wiesen und zahlreiche kleinere Ortschaften ab.

Militärischer Sachschaden ist weder in Oberndorf noch anderswo entstanden, sonstiger Sachschaden war gering. Der Betrieb der Fabrik wurde nicht gestört. 8 Personen wurden getötet, 7 verletzt; sie hielten sich im Freien auf und wurden durch Bombensplitter getroffen.

Von den 40 Flugzeugen wurden durch unsere Flieger und Erdabwehr 9 abgeschossen und zwar:

1. Farman D. D. Nr. ? Motor: 130 PS Renault Nr. 54 394. Insassen: Adjutant Baron, Flugzeugführer, Sergeant Andrée Guerineau, M.-G.-Schütze, beide tot; abgeschossen im Luftkampf bei Widensolen, 6 km nordwestlich Neubreisach.

2. Farman D. D. Nr. ? Motor: 130 PS Renault Nr. 55 469. Insassen: Armand Georges, Flugzeugführer, Ernest Jouan, M.-G.-Schütze, beide tot; abgeschossen im Luftkampf bei Ihringen, 4 km östlich Neubreisach.

3. Breguet D. D. Br. Nr. 534, Motor: 220 PS Renault Nr. 54 777 (12 Zylinder). Insassen: Leutnant Rocky, Flugzeugführer, gefangen, Sergeant Sterdec, Bombardier, gefangen; abgeschossen im Luftkampf bei Oberenzen, 15 km südlich Colmar.

4. Breguet D. D. B m IV, Nr. 229, Motor: 220 PS Renault Nr. 54 561. Insassen: beide tot; abgeschossen im Luftkampf bei Rüstenhart, 10 km südwestlich Neubreisach.

5. Breguet D. D. B m IV, Nr. ?, Motor: 220 PS Renault Nr. ? Insassen: Sergeant Bouot, Flugzeugführer, gefangen, Soldat Delcroix, Bombardier, gefangen; abgeschossen im Luftkampf bei Bremgarten, 12 km nördlich Müllheim.

6. Sopwith D. D. A 1 Nr. 9660, vollständig erhalten, Motor: Clerget Blin Nr. 260. Insasse: Marine-Unterleutnant Bulerworth, verwundet gefangen; abgeschossen im Luftkampf über Flughafen Freiburg.

7. Breguet D. D. B m Nr. 538, Motor Renault Nr. 49 501. Insassen: beide tot; abgeschossen im Luftkampf bei Umkirch, 6 km westlich Freiburg.

8. Breguet D. D. Cp 436, Motor: Renault (12 Zyl.) S VI 358. Insassen: Sergeant Mottay, Flugzeugführer, verwundet gefangen, Gefr. Marchand, Bombardier, tot; abgeschossen im Luftkampf bei Steinbach (an der Bahn Haslach—Offenburg).

9. Breguet D. D. Nr. 9176, Motor: 220 PS Renault Nr. 54 281 (12 Zylinder). Insassen: Oberleutnant Newman, Flugzeugführer, gefangen, Unteroffizier Bitty, Bombardier, gefangen; abgeschossen durch Erdabwehr bei Buggingen, 8 km nördlich Müllheim.

Von unseren an den Luftkämpfen beteiligten Flugzeugen ging keins verloren, kein Insasse unserer Flugzeuge wurde getötet oder auch nur verletzt. Die Niederlage des Feindes im Luftkampf war vollkommen.

Die englischen Finanzsorgen.

London, 19. Oktober. (W. T. B.) Unterhaus. Auf die Bemerkungen über den Zinssatz, der für die neuen Schatzscheine zu zahlen ist, führte McKenna aus: Wir hatten größere Summen aufzunehmen als jemals ein anderes Land, und der Betrag, welchen der Staat zu borgen hatte, stand außer allem Verhältnis zu irgendeiner Anleihe, die vor dem Kriege gemacht wurde. Es war daher nicht möglich, Vergleiche mit Verhältnissen, die vor dem Kriege bestanden, heranzuziehen oder zu sagen, daß 5 Proz. Zinsen genug wären, oder daß das Geld hätte billiger erlangt werden können. Sehr wahrscheinlich hätte es geschehen können, wenn ich nur eine geringe Summe gebraucht hätte, oder wenn die Summe selbst gleich gewesen wäre der größten Summe, die jemals vor Ausbruch des Krieges aufgenommen wurde. Man muß sich indessen daran erinnern, daß wir etwa einmal im Monat den größtmöglichen Betrag aufzunehmen hatten, und es war nur möglich, durch tägliche Prüfung der Ergebnisse unserer Anleiheoperationen und Zahlungen ausfindig zu machen, ob es uns glücken würde, unsere Bedürfnisse zu befriedigen oder nicht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Schatzamt mehr Zinsen zahlt, als es gezwungen war zu bezahlen. Um allen Aufwendungen gerecht zu werden, und unsere Versprechungen gegen unsere Alliierten zu halten, hatte ich die Beschaffung des Geldes zu sichern. Es sind gegen die hohe Zinsrate Ausstellungen gemacht worden auf Grund des Umstandes, daß die Schuldverschreibungen hauptsächlich im Auslande gehalten werden würden. Aber das war gerade die Sache, die wir wünschten. Beim Anbieten dieser Schatzscheine hatten wir neben vielen anderen Zwecken den im Auge, daß sie im Auslande gehalten werden sollten. Man muß sich daran erinnern, daß wir Tag für Tag in den Vereinigten Staaten einen sehr bedeutenden Betrag zu bezahlen hatten. Zurzeit haben wir etwa zwei Millionen Pfund täglich für jeden Werktag in der Woche aufzubringen. Das bedeutet einen ungeheuren Betrag von Dollar, der alle sechs Tage gefunden werden muß. Diese Aufgabe könnte für unmöglich gehalten werden, aber sie ist erfüllt worden und wird jetzt erfüllt, und es ist kein Grund anzunehmen, daß sie nicht dauernd erfüllt werden wird.

In seinen weiteren Ausführungen zur Verteidigung der Ausgabe von sechsprozentigen Schatzscheinen erwähnte McKenna, daß diese Wertpapiere in 14 Tagen bis zu einem Betrage von 36 Millionen Pfund Sterling ausgegeben worden sind, und fuhr fort: Der gegenwärtige Augenblick, wo ein Wettbewerb für Geld besteht, war nicht günstig für die Ausgabe einer langfristigen Anleihe, aber eine solche Anleihe wird zu einer Zeit ausgegeben werden, die das Schatzamt für geeignet hält und die Regierung wird sich der Erfüllung ihres Versprechens in bezug auf die Konversion der früheren Anleihen nicht entziehen. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir imstande sind, die Last während des Krieges zu tragen. Unsere Aufwendungen verringern sich wegen zweier wichtiger Punkte nicht, sondern sie nehmen zu. Diese Punkte sind die Munitionsbeschaffung und die Vorschüsse an die Alliierten. Ich bin sicher, das Haus wird nicht davor zurückschrecken, daß die Ausgaben wegen dieser beiden Punkte anwachsen. Die einzige Grenze für die Munitionsbeschaffung wird die Leistungsfähigkeit der Fabriken bilden, die sie herstellen. Wir fühlen auch, daß unsere Schuld gegen die Alliierten eine solche ist, daß wir gehalten sind, ihre Bedürfnisse und Notwendigkeiten in Betracht zu ziehen, und wenn weitere Anforderungen gestellt werden, so haben wir sie zu befriedigen.

Die irische Opposition im englischen Parlament.

Rotterdam, 19. Oktober. (W. T. B.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Redmond sagte in seiner gestrigen Rede im Unterhause, daß die unbefriedigenden Ergebnisse der Rekrutierung, aus welcher die Tories Irland einen Vorwurf machen, eine Folge der Methoden des Kriegsamtes seien, das manche nationalistische Vorurteile an den Tag lege. In Dublin habe Asquith Irland ein eigenes Armeekorps versprochen, aber das Kriegsamt habe dieses Versprechen nicht gehalten. In einer aus Katholiken bestehenden irischen Division seien alle Offiziere bis auf zwei Subalterne Protestanten. In Dublin sei rund heraus gesagt worden, daß man keine katholischen Rekruten wünsche. Das Kriegsamt habe noch vor kurzem 800 Iren in ein Hochländerregiment gesteckt. Eine gleiche Anzahl sei in ein englisches Regiment gesteckt worden.

Redmond gab hierauf eine Uebersicht über die politischen Ereignisse und sprach von den bedauernswerten Folgen, die das Mißlingen des irischen Ausgleichs mit sich gebracht habe. Er verlange von der Regierung die Abschaffung des Kriegszustandes in Irland, die Ernennung eines Oberbefehlshabers, der nichts mit den unglücklichen Vorgängen, die sich dort abgespielt haben, zu tun habe, und die Durchführung des Reichsverteidigungsgesetzes in demselben Geiste wie in England. Ferner verlangte er die Freilassung von 500 Gefangenen, deren Fälle noch nicht untersucht worden seien, und daß die zu Zuchthausstrafen Verurteilten wie politische Gefangene behandelt werden. Die Regierung sollte vor allem dem irischen Volke Vertrauen schenken und Homerule einführen.

Die Antwort des Staatssekretärs für Irland Duke lief auf eine allgemeine Ablehnung dieser Forderungen hinaus. Er versprach nur bezüglich des Kriegsrechts in Irland einen Vergleich anzustreben.

Hierauf sprach Asquith und trachtete, den schlechten Eindruck, den die Debatte machte, aus der Welt zu schaffen. Dieser schlechte Eindruck wurde aber durch den Zwischenruf Healys, man solle doch den amerikanischen Botschafter einladen, die gefangenen Sinnfeiner zu besuchen, noch vergrößert.

Lloyd George gab zu, daß die Klagen über das Kriegsamt begründet seien, und sagte: Die Dummheit des Kriegsamtes ist unglaublich gewesen, sie grenzt schon fast an Bosheit. Ich bin darüber bestürzt und kann nur sagen, daß die eine oder andere Persönlichkeit die Rekrutierung entmutigen wollte. Die nationalen Gefühle sind verletzt worden. Die Begeisterung ist weg. Er fuhr fort, er wolle die Einteilung des Regimentes der Dublinner Füsiliere bei einer irischen Division und andere Maßregeln zur Befriedigung der Wünsche der Iren in Erwägung ziehen.

Auch Devlin hielt eine leidenschaftliche Rede, in der er sich besonders bitter über Asquith aussprach und sagte: Sind wir verrückt gewesen, als wir Rekruten anwerben gingen? Vergaßen wir, als wir von den kleinen Völkern sprachen, unser eigenes? Wieviele Rekruten würdet Ihr in Australien oder Kanada bekommen, wenn wir Sir John Maxwell dorthin entsenden würden, mit der Vollmacht, die Freiheiten dieser Länder zu unterdrücken?

Die englischen Demokraten verlangen Bekanntgabe der Friedensbedingungen.

Amsterdam, 20. Oktober. (T. U.) Der britische Verein of Democratic Control, der bald nach Ausbruch des Krieges errichtet wurde, hielt am 11. Oktober seine zweite Jahresversammlung ab, bei der zuerst das Unterhausmitglied Artur Ponsonby und dann das Unterhausmitglied Exminister Charles Trevelyan den Vorsitz führte. In einer Resolution wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die englische Regierung, die günstige militärische Lage des Vierverbandes zu Lande und zur See in Betracht ziehend, sofort bekannt machen solle, was sie beim Frieden zu erlangen wünscht, um so einen ersten Schritt auf dem Wege zu Friedensverhandlungen zu tun. Gleichfalls wurde gegen die Stellungnahme Lloyd Georges gegenüber denjenigen neutralen Staaten protestiert, die ihre Dienste für die Vermittelung von Friedensunterhandlungen anbieten sollten.

Notwendige Richtigstellung.

Der unter dem Namen Homo schreibende bekannte Mitarbeiter der „Humanité" für deutsche Angelegenheiten kritisiert in mehreren Artikeln die Aufnahme, die die jüngsten Parlamentsreden Briands in der deutschen bürgerlichen Presse und bei einem Teil der deutschen Mehrheitsorgane gefunden haben. Wir hätten kaum Veranlassung, uns in diese Auseinandersetzungen einzumischen, wenn nicht Homo auf gewisse Ungenauigkeiten in der Uebersetzung jener Rede und auch damit in Zusammenhang stehende irrige Schlüsse aufmerksam machte.

Der bedeutsamste Unterschied zwischen dem in Frankreich als amtlich ausgegebenen Text und der in Deutschland verbreiteten Uebersetzung ist wohl der, daß der französische Ministerpräsident nach dieser Version davon gesprochen hat, Frankreich müsse aus dem Kriege größer hervorgehen, während die Franzosen behaupten, er habe nur gesagt, Frankreich müsse aus diesem Kriege groß hervorgehen. Es liegt auf der Hand, daß die in Deutschland für richtig gehaltene Lesart zu Kommentaren führen mußte, die von den Franzosen und den französischen Sozialisten für sachlich unbegründet erachtet werden.

Aber es gibt solcher Differenzen noch mehr. Nach dem Bericht, der der deutschen Presse zunächst allein zugänglich war, hat sich Briand in der Antwort auf die Rede des französischen Minderheitsmannes Brizon folgendermaßen geäußert:

„Sie kennen den Edelmut Frankreichs nicht und glauben, daß es um den Preis feindlicher Milliarden einen sofortigen Frieden annehmen könnte. Das würde ein Kriegsfriede sein."

An diesen Satz hat beispielsweise die „Kölnische Volkszeitung" Betrachtungen darüber geknüpft, daß Deutschland gar nicht daran denke, eine Kriegsentschädigung zu zahlen, und daß daher die stolze Phrase des französischen Ministers vollständig in der Luft schwebe. Blätter der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit haben in ähnlicher Weise Kritik geübt und sind zum Teil noch weiter gegangen. Die „Chemnitzer Volksstimme" zum Beispiel ab in der Ablehnung der Kriegsentschädigung ein Programm unbegrenzter Annexionen und kam — bis zu einem gewissen Grade ganz folgerichtig — zu dem Ergebnis, daß Deutschland sich gegen die Eroberungspläne seines westlichen Nachbarn verteidigen müsse.

Die „Dresdener Volkszeitung" verstand den bedenklichen Satz noch obendrein falsch und erklärte es als die Absicht der französischen Regierung, Millionen und aber Millionen von Deutschen der französischen Herrschaft zu unterwerfen.

In Wirklichkeit soll nun aber die betreffende Stelle in der Rede Briands nach der amtlichen französischen Darstellung folgendermaßen gelautet haben:

„Sie kennen schlecht den hochherzigen Stolz Frankreichs, wenn Sie glauben, es könnte die Ersparnis von Milliarden und selbst von Menschenblut unter so erniedrigenden Bedingungen akzeptieren." (Im französischen Wortlaut: „Vous connaissez mal la généreuse fierté de la France, si vous croyez qu'elle peut accepter une économie de milliards et même de sang dans des conditions aussi humiliantes.")

Wir vergegenwärtigen uns den Zusammenhang: Brizon hatte im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut Verhandlungen gefordert. Briand lehnte diese Verhandlungen im gegenwärtigen Augenblick ab, weil sie nur zu einem für Frankreich demütigenden „deutschen" Frieden führen könnten. Dieser Standpunkt des französischen Ministerpräsidenten ist sicherlich verwerflich und verdient scharfe Kritik, aber wenn er sich wirklich so geäußert hat, wie der amtliche französische Bericht behauptet, dann sind jedenfalls die Kommentare, die seinen Reden in einem Teil der deutschen Presse gegeben wurden, abwegig, und es wäre gut, wenn die Blätter, die es angeht, den Franzosen nicht länger Gelegenheit gäben, sich über falsche Schlüsse aus falschen Voraussetzungen zu empören.

Die „Chemnitzer Volksstimme" hat in einem zweiten Artikel der französischen Lesart allem Anschein nach bereits Rechnung getragen. Sie läßt den Ministerpräsidenten von der Möglichkeit sprechen, viel Menschenblut und viele Millionen zu sparen, wenn Frankreich heute Frieden schlösse. Aber man sieht, daß auch diese Lesart nicht ganz mit dem französischen Text übereinstimmt, und wenn die „Chemnitzer Volksstimme" gar fortfährt, daß Herrn Briand ein solcher Friede schmählich erscheine, daß sein Ziel das größere Frankreich sei, so bestreiten eben die Franzosen, daß der Redner von einem größeren Frankreich oder einer Vergrößerung Frankreichs überhaupt gesprochen habe.

Noch ein anderer Punkt mag bei dieser Gelegenheit erwähnt werden. In einer Reihe von Blättern der deutschen Mehrheit ist gesagt worden, daß die Behandlung, die Brizon, der etwa wie bei uns Scheidemann und Ebert gesprochen habe, von seiten des Ministers erfuhr, ungefähr dieselbe gewesen sei, die man bei uns Liebknecht habe zuteil werden lassen. Demgegenüber beruft sich die „Humanité" darauf, daß Briand dem oppositionellen Sozialisten durch die Worte: „Ich füge Ihnen, Herr Brizon, nicht das Unrecht zu, zu glauben, daß Ihr Ideal kein aufrichtiges sei!" eine Ehrenerklärung abgegeben habe.

Die deutsche Sozialdemokratie tut nach unserer Ueberzeugung gut daran, von diesen Richtigstellungen Kenntnis zu nehmen und ihre Polemik gegen die Franzosen dementsprechend einzurichten. Die gute und starke Position jedes wirklichen Sozialisten gegenüber der französischen Regierung und gegenüber den Anhängern der französischen Mehrheit kann nur geschwächt werden, wenn wir der Gegenseite die Möglichkeit gewähren, uns Mangel an Objektivität zum Vorwurf zu machen. (z)

Die vorstehende Notiz befand sich seit längerer Zeit in unseren Händen. Ihre Veröffentlichung verzögerte sich aus verschiedenen Gründen bis heute. Sie ist aber heute noch von Interesse. Wenn in der Notiz richtiggestellt wird, daß Briand nur gesagt habe: „Frankreich müsse aus diesem Kriege groß hervorgehen", so darf andererseits in diesem Zusammenhange nicht vergessen werden, daß Briand diesen Krieg nicht beenden will, bis Frankreich größer geworden ist, nämlich vergrößert um Elsaß-Lothringen. Die französische sozialistische Kammerfraktion hat diese Politik Briands bisher unterstützt. Noch zuletzt hat sie, mit Ausnahme der drei Kienthaler, die von der Regierung verlangten Kriegskredite bewilligt.

Der bulgarische Hochverratsprozeß.

Budapest, 20. Oktober. (W. T. B.) „Pester Lloyd" berichtet aus Sofia über den Hochverratsprozeß gegen Ghenadiew und Genossen. Die Anklage lautet auf Hochverrat, dadurch verübt, daß Ghenadiew durch Vermittlung Decloziéres 20 Millionen Frank erhalten habe, um einen Umsturz zu Gunsten der Entente herbeizuführen. Die Verhandlung dauerte sechs Wochen. Ghenadiew soll sich überaus geschickt verteidigt haben. Staatsanwalt Oberstleutnant Markow hat die Anklage dahin abgeändert, daß sie nur auf Bestechung lautet. Das Urteil wird für Freitag, spätestens Sonnabend, erwartet und wird, da es sich um ein Militärgericht handelt, sofort Rechtskraft erlangen.

Amerikas Stellung zur U-Boot-Frage.

„Nowoje Wremja" vom 4. Oktober berichtet „aus diplomatischen Kreisen" folgendes: „Die Washingtoner diplomatischen Kreise sind, in Petersburg eingetroffenen Meldungen zufolge, vorläufig noch nicht geneigt, in der Rede des Reichskanzlers die tatsächliche Erklärung des U-Bootkrieges zu sehen. Die amerikanische Diplomatie hält es daher für unzeitgemäß, offiziell von der deutschen Regierung eine Erklärung für die Drohungen zu fordern, die im Reichstage gegen eins der Deutschland feindlichen Länder ausgestoßen wurde. Nach der in Washington vorherrschenden Meinung wäre eine derartige Forderung kaum zweckmäßig: Bevor nicht Tatsachen oder wenigstens völlig bestimmte Hinweise seitens Berlins für die Erneuerung des U-Bootkrieges vorliegen, darf die Regierung der Vereinigten Staaten sich gar nicht mit dem Gedanken befassen, daß Verbrechen, die unter den amerikanischen Bürgern so viel Opfer gefordert haben, seitens Deutschlands wieder zugelassen werden. Die Aeußerung der geringsten Nervosität, so glaubt man in Washington, würde zweifellos in Deutschland als Beweis eines gewissen Zweifels der Vereinigten Staaten an der Macht ihres Vetos angesehen werden, eines Vetos, dem sich die deutsche Regierung schon gefügt hat und das unerschütterlich fest bleibt."

Am nächsten Tage (5. 10.) berichtet die „Nowoje Wremja" aus derselben Quelle: „Wie aus den von uns erhaltenen Mitteilungen völlig klar geworden ist, erklärt sich die Abreise des Botschafters der Vereinigten Staaten Gerard nach Washington durch die Notwendigkeit, genaue und bestimmte Instruktionen für den Fall einer Wiederaufnahme der früheren U-Bootskrieg-Methoden zu erhalten. Schon vor der Reichskanzlerrede ist es dem Botschafter gelungen, zu erfahren, daß die Frage des U-Bootkrieges auf der Tagesordnung steht, und sofort wurde die Entscheidung getroffen, nach Amerika abzureisen ohne erst bestimmte Handlungen seitens Deutschlands abzuwarten, die ein energisches Eingreifen der Vereinigten Staaten hervorrufen müssen."

Daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspricht, ist vom Botschafter Gerard bereits in der amerikanischen Presse zur Genüge festgestellt worden. (z)

Letzte Nachrichten.

Friede in der Groß-Berliner Steinindustrie.

Die Steinarbeiter Groß-Berlins gaben in stark besuchter Versammlung ihre Zustimmung zu dem Beschluß der Schlichtungskommission, der durch Vermittelung des Magistratsrats v. Schulz auf Veranlassung des Oberkommandos der Marken zustande gekommen:

„Den Steinarbeitern auf die bestehenden Löhne 5 M. die Woche bzw. 20 Proz. Kriegsteuerungszulagen zu gewähren."

Damit ist der Friede in der Steinindustrie Groß-Berlins wiederhergestellt.

Otto Borngräber gestorben.

Bern, 20. Oktober. (W. T. B.) In Lugano ist gestern abend der deutsche Dichter Otto Borngräber im Alter von 42 Jahren gestorben, der seine ganze Lebensarbeit der Förderung des Friedensgedankens gewidmet hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Textilarbeiter im dritten Quartal.

Aus dem in der Generalversammlung der Berliner Filiale des Textilarbeiterverbandes erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß am Ende des zweiten Quartals 843 männliche und 624 weibliche Mitglieder, dagegen am Schluß des dritten Quartals 784 männliche und 678 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist demnach von 1467 auf 1462 zurückgegangen. Der Rückgang bei den männlichen Mitgliedern, der sich auf 59 beläuft, ist größtenteils auf Einberufungen zum Militär zurückzuführen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich dagegen um 54 vermehrt. — Im Laufe des dritten Quartals wurden in drei Betrieben erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt. Eine vierte Lohnbewegung verlief ohne Erfolg. — Die Geschäftslage ist in den einzelnen Branchen des Textilgewerbes verschieden. In der Teppichweberei gab es eine Zeitlang soviel Arbeit, daß die gegenwärtig stark eingeschränkte Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichte, um die Nachfrage zu decken. Diese günstige Situation ermöglichte es den Arbeitern in den Teppichfabriken eine Lohnerhöhung von 30—35 Proz. durchzusetzen. Im Hinblick auf die jetzigen Teuerungsverhältnisse will das nicht viel sagen, denn die Löhne der Weber waren ja immer so gering, daß sie durch die angeführte Erhöhung noch lange nicht auf einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Stand gekommen sind. — In den chemischen Waschanstalten und den mit ihnen verbundenen Färbereien ist der Geschäftsgang so gut, wie er seit dreizehn Jahren nicht gewesen ist. Die reichliche Arbeitsgelegenheit ist darauf zurückzuführen, daß wegen der erschwerten Neuanschaffung von Kleidungsstücken mehr als sonst alte Kleider gereinigt, gefärbt und aufgearbeitet werden. Trotz des flotten Geschäftsganges ist in dieser Branche keine nennenswerte Lohnerhöhung eingetreten. Und doch ist es durchaus notwendig, denn in dem Spindlerschen Betriebe erhalten Hilfsarbeiter Wochenlöhne von 18 bis 21 M und gelernte Färber werden mit 28, höchstens 30 M. entlohnt. Eine ganz geringe Lohnaufbesserung ist in diesem Betriebe erreicht worden, nachdem die Arbeiter und Arbeiterinnen vorgegangen waren. — In den eigentlichen Färbereibetrieben ist fast gar nichts zu tun. — Die Strickereibetriebe sind nur soweit beschäftigt, als es sich um Militärarbeit handelt. Im übrigen liegt die Strickerbranche fast völlig danieder. — Dasselbe gilt für die Posamentenbranche. — Die Dekateure leiden unter einem sehr schlechten Geschäftsgang. Ebenso geht es den Stickern. Die Seiler sind mit Militärarbeiten ausreichend beschäftigt. Da die Löhne in den Seilereien sehr verschieden sind, so soll eine Gleichmäßigkeit durchzusetzen versucht werden.

Aus der Tätigkeit der Berliner Filialleitung wurde mitgeteilt, daß gemeinsam mit den Unternehmern ein Antrag an den Berliner Magistrat gerichtet worden ist, der eine Erhöhung der Textilarbeiterunterstützung um 20 Proz. wünscht. Man glaubt, daß der Magistrat diesem Antrage stattgeben wird und wünscht, daß auch die Vororte dementsprechende Unterstützungssätze einführen.

Deutsches Reich.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Flaschenmacher. Unter der mangelhaften Ernährung leiden in erster Linie alle Schwerarbeiter, und unter diesen wieder die Arbeiterschichten, die Tag- und Nachtarbeit leisten müssen. In fast allen Flaschenfabriken besteht die Einrichtung, daß die Arbeiter umschichtig eine Woche Tagschicht und die andere Woche Nachtschicht haben. Diese Arbeitsweise bedingt zum Teil eine erhöhte Ernährungsart und deshalb ist es um so schwerer, mit den Löhnen auszukommen. Wohl haben die Flaschenindustriellen während der Kriegszeit bereits dreimal Teuerungszulagen eintreten lassen, die zwischen 25 und 30 Proz. betragen, aber damit ist noch kein Ausgleich gegenüber den teuren Lebensmittelpreisen geschaffen.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Glasarbeiter hatte deshalb Anfang Oktober eine Konferenz der Flaschenmacher nach Hannover einberufen. Diese Konferenz erklärte eine weitere Lohnerhöhung von 1 M. für den Glasmacher und 0,50 M. für den Motzer pro Schicht für notwendig, und beauftragte den Hauptvorstand des Verbandes, mit den Flaschenindustriellen zur Durchführung dieser Lohnerhöhung in Verbindung zu treten. Wohl erkennt die Konferenz an, daß die Flaschenindustriellen bisher durch Gewährung von Teuerungszulagen in entgegenkommender Weise handelten; da aber die Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel immer mehr stiegen, sehen sich die Arbeiter gezwungen, einen weiteren Antrag auf Erhöhung des Schichtlohnes zu stellen und erwarten, daß diese recht bald gewährt wird.

Ein anderer Mißstand, unter dem die Flaschenmacher sehr zu leiden haben, ist, daß ihnen nur für die tauglich gehaltenen Flaschen bezahlt, dagegen Flaschen mit Materialfehler nicht berechnet werden. Durch mangelnde Materialien ist nicht immer gutes Glas zur Verarbeitung abgeschmolzen und dadurch entsteht ein doppelter Schaden für die Arbeiter, da fehlerhafte Flaschen nicht bei der Lohnberechnung in Betracht kommen, und schlechtes Glas bei der Abkühlung leicht zerspringt. Der Lohnausfall trifft die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit doppelt hart. Die Konferenz erklärte daher, daß von den Industriellen pro Stunde 75 Pf. für Arbeitsausfall zu verlangen seien, wenn das Glas nicht verarbeitet werden kann. Alle bereits hergestellten Flaschen aber, die bei der Sortierung wegen Glasfehler zurückgewiesen sind, oder beim Abkühlungsprozeß zerspringen oder geschmolzen sind, sollen zur Berechnung und damit zur Bezahlung kommen. Zurzeit ist ein recht fühlbarer Mangel an Arbeitskräften in der Flaschenindustrie vorhanden und wird von den Industriellen eine größere Ausbildung von Lehrlingen verlangt. Die Konferenz faßte in der Lehrlingsfrage den Beschluß, daß die Zahl der Lehrlinge auf fünf Prozent der in der Fabrik beschäftigten Flaschenmacher festzusetzen sei. Die Konferenz erachtet eine dreijährige Lehrzeit für ausreichend und erwartet von den Industriellen, daß für die Ausbildung der Lehrlinge Sorge getragen wird. Die Entlohnung der Lehrlinge hat staffelweise, und zwar nach festen Wochenlöhnen zu erfolgen.

Aus der Partei.

Zur „Vorwärts"-Angelegenheit.

Folgender Aufruf der Preßkommission geht uns zu:

In der Nr. 278/87 des „Vorwärts" gibt der Parteivorstand eine Darstellung seines Verhaltens, um die Aufhebung des „Vorwärts"-Verbots zu erreichen. Diese Veröffentlichung ist in dem entscheidenden Punkt irreführend! Die Differenz zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission bestand darin, daß die Preßkommission einem Mitglied des Parteivorstandes die Aufsicht über die Beobachtung der Zensurvorschriften einräumen wollte, während der Parteivorstand durch seinen Beauftragten den ganzen Inhalt des „Vorwärts" zu bestimmen verlangte. Die Preßkommission hatte mit ihrem Vorschlag alles getan, um das Wiedererscheinen des Blattes zu ermöglichen. Denn mehr als sie vorschlug, hatte auch das Oberkommando nicht gefordert. Der Parteivorstand hat also die Gelegenheit benutzt, um nicht nur das Weitererscheinen des „Vorwärts" zu erzielen, sondern um zugleich einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Haltung des Blattes zu gewinnen!

Hiergegen mußte sich die Preßkommission entschieden auflehnen, da es in erster Linie ihre Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß der „Vorwärts" im Geiste seiner Leser, im Sinne derer, die ihn geschaffen haben und erhalten, redigiert wird.

In keinem Falle war der Parteivorstand befugt, eigenmächtig, d. h. ohne Zustimmung der Preßkommission, eine Aenderung in der Redaktion vorzunehmen. Er hat das Statut der Partei gebrochen, die Preßkommission und die Berliner Parteigenossen sowie die von Parteivorstand und Preßkommission gemeinsam eingesetzten Redakteure vergewaltigt! Die Behauptung des Parteivorstandes, daß im „Vorwärts" die Ansichten der Fraktionsmehrheit nicht genügend zur Geltung gekommen seien, entspricht nicht den Tatsachen. In Wahrheit hat die Redaktion des „Vorwärts", wie es ihre Pflicht ist, zwar dem Blatt einen einheitlichen, grundsatztreuen Charakter gegeben, aber wie kein anderes Blatt seine Leser auch über die Auffassung der anderen Richtung informiert.

Das Vorgehen des Parteivorstandes war nicht erforderlich, um das Wiedererscheinen des „Vorwärts" zu ermöglichen. Es handelt sich vielmehr um ein in der Parteigeschichte einzig dastehendes Unternehmen, den Lesern des „Vorwärts" die Mehrheitspolitik aufzudrängen!

Parteigenossen! Leser! Wir sind sicher, in Uebereinstimmung mit Euch gehandelt zu haben. Ihr werdet Euch auch jetzt entschlossen hinter Eure Preßkommission stellen, um alles zur Wahrung Eurer Rechte zu tun!

Die Preßkommission."

*

Ferner geht uns von Mitgliedern der Redaktion des „Vorwärts" folgender Protest zu:

Der Redaktion des „Vorwärts" ist bisher verwehrt worden, auf die Erklärung des Parteivorstandes an der Spitze der Nummer 287 des „Vorwärts" vom 18. Oktober zu antworten.

Wir stellen heute folgende Tatsachen fest: Die Redaktion erblickt in dem Vorgehen des Parteivorstandes die Ausnutzung einer Notlage, die um so bezeichnender ist, als der Parteivorstand weit über das hinausgegangen ist, was die Zensurbehörde verlangt hat und verlangen kann. Der Parteivorstand hat dadurch nicht nur das Organisationsstatut der Partei gebrochen, sondern auch die der Redaktion vertragsmäßig zugesicherten Rechte auf das gröblichste verletzt.

Die Redaktion des „Vorwärts" ist ausdrücklich als eine kollegiale eingesetzt, d. h. die Redaktionsführung erfolgt nach dem Gesamtwillen der Redakteure und nicht nach dem Ermessen eines einzelnen. Der Inhalt des Blattes soll daher nach dem Vertrage die übereinstimmende Auffassung der Gesamtredaktion darstellen und dem Blatte einen bestimmten einheitlichen Charakter gewährleisten. Dieses Recht ist zu wiederholten Malen von den Aufsichtsinstanzen, insbesondere auch vom Parteivorstand, anerkannt worden, und der Parteivorstand hat es früher auch stets abgelehnt, den Inhalt des Blattes irgendwie beeinflussen zu wollen.

Im Gegensatz zu diesem anerkannten Recht hat der Parteivorstand jetzt sich angemaßt, den Inhalt des Blattes allein zu bestimmen und die Redaktion damit zu einem bloßen journalistischen Werkzeug degradiert. Auf diese Weise sind die Rechte, die der Redaktion zugesichert waren, erdrosselt und der Grundsatz jeder Demokratie über den Haufen geworfen. Der Redaktion ist es dadurch ganz unmöglich gemacht, in Zukunft dem „Vorwärts" einen einheitlichen, geschlossenen Charakter zu geben und die politische Ueberzeugung sowie den Willen der Hauptträger des Blattes, nämlich der Berliner Arbeiter, zum Ausdruck zu bringen.

Zahlreiche Kundgebungen aus den Reihen der Berliner Arbeiter zeigen, daß letztere hinter uns stehen, und wir zweifeln nicht, daß sie alles tun werden, um uns und damit sich selbst zum Recht zu verhelfen.

* * *

Hierzu sendet uns der Parteivorstand folgende Erklärung:

Die erregten Anklagen der Preßkommission und der Redakteure des „Vorwärts" können uns nicht irremachen in der Ueberzeugung, daß wir in einer überaus schweren und kritischen Situation für die Partei und ihr Zentralorgan das Richtige getan haben. Man braucht nur das bisherige Verhalten des „Vorwärts" der Gesamtpartei gegenüber mit dem des Parteivorstandes zu vergleichen und das Unberechtigte der erhobenen Vorwürfe tritt klar zutage. Alle Versuche des Parteivorstandes, eine Verständigung herbeizuführen, sind gescheitert. Positive Vorschläge des Parteivorstandes, den Berliner Genossen ihr uneingeschränktes Recht auf ihr Blatt zu sichern, der Gesamtpartei aber auch das Zentralorgan zu erhalten, sind von der Preßkommission und dem Zentralvorstand brüsk abgewiesen worden. Der Parteivorstand hat es nicht an gutem Willen fehlen lassen, ihm selbst aber war bisher jeder Einfluß auf die Haltung des Zentralorgans tatsächlich entzogen.

Die Wiederherausgabe des „Vorwärts" wäre unmöglich gewesen, wenn der Parteivorstand nicht so eingegriffen hätte, wie es geschah. Daß die Parteileitung für den „Vorwärts" einen Zensurschutzmann stellt, der nichts anderes tun als aufpassen soll, daß dem „Vorwärts" in seinem Kampfe gegen die Parteimehrheit und die Parteileitung nichts passiert, konnte ihr nach ihren bisherigen Erfahrungen mit dem „Vorwärts" nicht zugemutet werden. Wenn der Parteivorstand die Verantwortung für den „Vorwärts" dem Oberkommando und der gesamten Oeffentlichkeit gegenüber übernehmen sollte, war es selbstverständlich, daß er auch entsprechende Rechte in Anspruch nahm. Vollkommen hinfällig ist der Vorwurf, daß den Lesern des „Vorwärts" die Mehrheitspolitik aufgedrängt werden soll. Davon ist gar keine Rede, und die bisher erschienenen Nummern des „Vorwärts" beweisen, daß daran gar nicht gedacht worden ist. Als Zentralorgan der Partei hat der „Vorwärts" allerdings die Aufgabe, die Gesamtpartei zu vertreten, nicht aber ausschließlich im Interesse einer bestimmten Richtung innerhalb der Partei zu wirken. Wenn die „Vorwärts"-Redakteure, die die oben abgedruckte Erklärung beschlossen haben, behaupten, daß der „Vorwärts" in Zukunft keinen einheitlichen geschlossenen Charakter mehr haben könne, so ist das auch nicht richtig. Der „Vorwärts" kann einen solchen haben und trotzdem den Wortführern beider Parteirichtungen eine Tribüne sein, von der aus sie zu den Massen sprechen können.

Wir haben nicht die Absicht, durch weitere Polemiken den Arbeitern ihr Blatt zu verleiden, das in diesen ernsten, schweren Zeiten die Aufgabe hat, für den Frieden zu wirken und die Arbeiterinteressen nach besten Kräften wahrzunehmen.

Der Parteivorstand."

Die bürgerliche Presse über die „Vorwärts"-Frage.

Soweit die bürgerliche Presse zu der „Vorwärts"-Frage Stellung genommen hat, konstatiert sie übereinstimmend, daß der „Vorwärts" durch die vom Parteivorstand getroffene „Regelung" der Frage aufgehört habe, das zu sein, was er bisher gewesen. So schreibt das „Berliner Tageblatt":

„Während der „Vorwärts" in der letzten Zeit ganz vom Standpunkte der sozialdemokratischen Minderheit redigiert war, macht sich bereits in der ersten Nummer nach dem Wiedererscheinen des Blattes unverkennbar der Geist der Mehrheit bemerkbar."

Als Beweis dafür gibt das Blatt dann den Bericht über die Landtagswahl im württembergischen Wahlkreise Heidenheim wieder. Auf denselben Bericht weist auch die „Freisinnige Zeitung" hin, die folgendes schreibt:

„Somit ist der „Vorwärts" aus einem Organ der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in Wirklichkeit das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" geworden. Man merkt es auch gleich in der ersten Nummer nach der Beschlagnahme. Beispielsweise bezeichnet im Gegensatz zur „Leipziger Volkszeitung" ein Bericht über die Landtagswahl in Heidenheim, bei der bekanntlich die radikale Gruppe gegen den Vertreter der Mehrheit böse unterlegen ist, den Ausfall der Wahl als erfreulich und erklärt, die Masse der Wähler hätte kein Verständnis für einen Bruderkampf in der Sozialdemokratie. Die Frage ist nur, was die bei dem Abkommen mit dem Oberkommando glatt übergangene Preßkommission tun wird, und ob die jetzigen Redakteure des „Vorwärts" bereit sind, in dem Sinne zu arbeiten, wie es der neue Chef aus dem Parteivorstand verlangt."

Diese Frage behandelt auch die „Germania", die in ihrer Ausgabe vom Mittwochabend schrieb:

„Die Frage des Einflusses des Parteivorstandes auf den „Vorwärts", die letzten Winter gelegentlich der Spaltung der Reichstagsfraktion so viel Staub aufwirbelte, scheint damit einstweilen gelöst zu sein, es sei denn, daß die Parteimehrheit (Minderheit?) dagegen Widerspruch erhöbe und lieber auf das Erscheinen des Blattes verzichten wollte, als dem Parteivorstand die nun ausgesprochene Bestimmung des Inhalts zuzugestehen."

In ihrer gestrigen Abendnummer gibt das Blatt den Protest der Preßkommission wieder und bemerkt hierzu:

„Natürlich erklärt der Parteivorstand erneut, weshalb er zu seinem Schritt kommen mußte. Man darf gespannt sein, wie die neue Kraftprobe zwischen Mehrheit und Minderheit enden wird."

Stadtratswahl in Baden-Baden.

In Baden-Baden hat die Wahl zweier Stadträte stattgefunden. Den beiden vom Zentrum aufgestellten Kandidaten traten Sozialdemokraten und Freisinnige mit eigenem Vorschlag entgegen. Es wurde ein Kandidat der Zentrumsliste gewählt und gegen den zweiten Zentrumsmann unser Genosse Paul Müller, Schreinermeister, mit 50 gegen 40 Stimmen bei einigen Zersplitterungen. Seit dem Tode des Genossen Theodor Lutz saß kein Sozialdemokrat mehr im Stadtrat.

Die italienische Arbeiterklasse gegen die Verurteilung Carlo Trescas.

Im Volkshaus zu Mailand fand am 8. Oktober die von den italienischen Arbeiterorganisationen seit langem vorbereitete Protestversammlung gegen das Justizverbrechen an dem amerikanischen Arbeiterführer Carlo Tresca statt. Die Versammlung, die unter außergewöhnlich starker Beteiligung von statten ging, nahm unter dem Vorsitz Mario Trozzis einen glänzenden und bewegten Verlauf. Als erster Redner beleuchtete der Abgeordnete Nino Mazzoni die allgemeine Bedeutung des Falles Tresca für das gesamte Proletariat. Nach ihm sprachen Guberti für die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen, Conoglio für die sozialistische Jugend Italiens, Costa für die italienischen Stadtverwaltungen, Elvira Jocea für die sozialistische Sektion von Turin, Marchianna im Namen der anarchistischen Gruppe von Neapel, sowie zahlreiche andere Redner. Am Schlusse der Versammlung wurde eine Tagesordnung einstimmig angenommen, in der u. a. gesagt wird, daß die Agitation zugunsten der Angeklagten im Volke noch zu verstärken und noch weiter auszudehnen sei, um zu verhindern, daß von den zuständigen Behörden ein Verbrechen begangen werde, das gegen jedes moralische Empfinden und gegen jedes Gerechtigkeitsgefühl verstößt.

Aus Industrie und Handel.

Die Erneuerung des Kohlensyndikates.

Essen, 14. Oktober. Die heutige Versammlung der Zechenbesitzer setzte die Beteiligungsanteile für November in der bisherigen Höhe fest. Danach erstattete der Vorstand den Monatsbericht. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der heutigen Versammlung, an der als Kommissar des Preußischen Handelsministers Geheimer Oberbergrat Bennhold teilnahm, war die Vollziehung des neuen Syndikats-Vertrages. Die Entscheidung über die Fortdauer des Kohlensyndikates über den 1. April 1917 hinaus mußte mit dem heutigen Tage fallen. Der Vorsitzende Geheimrat Dr. Kirdorf wies auf die Wichtigkeit dieser Entscheidung hin und richtete an alle Beteiligten die dringende Bitte, ihre Sonderwünsche zurückzustellen. Bevor die Vollziehung des neuen Vertrages erfolgte, wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen in der Händlerfrage bis auf wenige Ausnahmen überall zu einer Einigung geführt haben. Die Vollziehung des neuen Vertrages sollte jedoch nur unter der Bedingung erfolgen, daß in diesen Fällen noch eine Verständigung stattfinde. Ferner wurde zu dem neuen Vertrage ein Zusatz hinzugefügt, wonach sämtliche Zechen, die sich im neuen Vertage binden, unverkürzt mit ihrem gesamten Felderbesitz sich für das neue Syndikat verpflichten müssen. Weiter erfährt der neue Vertrag bis auf § 10, in dem nur eine Umstellung der Bestimmungen erfolgt, keine Veränderung. Die Frage der Beteiligungen erforderte längere Verhandlungen.

*

Es war in letzter Zeit kein Zweifel mehr, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat verlängert werden würde. Einmal hatte der preußische Bergfiskus in der Händlerfrage Entgegenkommen gezeigt und ferner hatte er sehr energisch auf die Erneuerung hingewirkt. Der Staat konnte in der Kriegszeit und im Hinblick auf die Friedensaufgaben der deutschen Volkswirtschaft eine Auflösung des Syndikats nicht zulassen. In dieser Hinsicht trafen sich auch wohl die Wünsche des Staates mit denen der Bergherren. Eine andere Frage ist natürlich, ob die Erfüllung der Wünsche den Mitgliedern des Kohlensyndikates in der jetzigen Form angenehm ist. Denn der Fiskus hat Eintrittsbedingungen erhalten, die er vielleicht in Friedenszeiten nicht erreicht hätte. Ueber die sonstigen Schwierigkeiten ist man ziemlich schnell und glatt hinweg gekommen. Das Hauptziel war eben diesmal die Verlängerung und nicht so sehr die Berücksichtigung aller Einzelwünsche. Man hat nur wenig von den Verhandlungen über Beteiligungen, Umlagen, Außenseiterfragen, Hüttenzechenfragen usw. gehört. Es ist diesmal auf der alten Grundlage erneuert worden. Das mag man je nachdem begrüßen oder bedauern. Denn selbstverständlich sind mit der Erneuerung allein nicht alle Schwierigkeiten und Widerstände überwunden. Die Verhandlungen um die nächste Verlängerung werden das wohl beweisen. Augenblicklich ist das Kohlensyndikat auf fünf Jahre gesichert. Denn wir brauchen dieses Syndikat für die Kampf- und Friedenszeit mehr denn je. Es kommt vor allen Dingen darauf an, welchen Einfluß der Fiskus auf die Preisentwicklung am Kohlenmarkte nehmen wird. Vielfach besteht in Kreisen der Kohlenindustrie der lebhafte Wunsch, die Kohlenpreise zu erhöhen. Im Interesse der Verbraucher und unseres gesamten Wirtschaftslebens liegt es, daß der Fiskus solchen Bestrebungen gegenüber sich möglichst kräftig ablehnend verhält.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Chronik des Weltkrieges.

21. Oktober 1914.

Heftige, unentschiedene Kämpfe im Westen und Osten.

In England werden die militärpflichtigen Deutschen und Oesterreicher verhaftet.

21. Oktober 1915.

Die Berliner Stadtverordneten beschäftigen sich eingehend mit der Teuerung.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

Am Freitag wurde die Aussprache über die

Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Ebert (Soz.): Die Erfahrungen während des Krieges beweisen, daß ohne Zwangsmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung es ganz unmöglich gewesen wäre, die zur Ernährung notwendigen Mengen Lebensmittel sicherzustellen. Auch jetzt sehen wir wieder Anzeichen dafür, daß Kartoffeln böswillig zurückgehalten werden. Niemand fordert, daß der Handel ganz ausgeschaltet werde. Aber der Handel müsse es sich gefallen lassen, daß er eingefügt werde in den ganzen Plan der von der öffentlichen Verwaltung durchzuführenden Maßnahmen. Die scharfen Eingriffe der Zentraleinkaufsgesellschaft gegen den freien Handel seien notwendig gewesen und hätten sehr gut gewirkt. Abg. Dr. Roesicke habe sich gestern dagegen gewendet, daß auch Eier mit Beschlag belegt worden seien und nur gegen Marken abgegeben würden, da dadurch nur ein Ei für jede Person abgegeben werde, und das lohne sich nicht. Wenn aber hier nichts geschehe, bekommen die ärmeren Leute überhaupt keine Eier mehr. Für die Arbeiterfamilien sei es von großer Bedeutung, wenn sie wenigstens die noch aufzutreibenden Eier zu angemessenen Preisen bekommen können. Auch Wild und Geflügel müssen in zweckmäßiger Weise in die allgemeine Regelung einbezogen werden. Für Reiche sei alles zu haben, natürlich nur zu ganz hohen Preisen. Das müsse beseitigt werden. In Baden werde jetzt noch markenfreies Mehl zu sehr hohen Preisen verkauft. Beseitigt werden müsse endlich die ungleiche Abgabe von Fleisch und Fett an die verschiedenen Bezirke. Es sollte mitgeteilt werden, in welcher Art die Lebensmittel auf die einzelnen Bezirke verteilt werden. In einigen Gegenden werden bei der Verteilung der Lebensmittel nicht oder nicht genügend die Konsumvereine berücksichtigt. Die Massenspeisungen der Städte und größeren Fabriken sollten gefördert werden und ihnen die erforderlichen Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden. Aus der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg komme die Klage, daß der Fabrikleitung die durchaus notwendige Zusatzmenge Fett für ihre sehr schwer arbeitenden Arbeiter verweigert worden sei. Die unerträglich hohen Preise für Fische seien verursacht dadurch, daß eine Industrie entstanden sei, die das Fleisch der Fische verarbeite und immer höhere Preise biete, um möglichst viele Fische zu bekommen. Dagegen müsse sofort und nachdrücklich eingeschritten werden. Die Preise für Fische, Eier, Fleisch usw. müßten allmählich herabgesetzt werden. Arbeiter, untere Beamte und Mittelstand könnten die hohen Preise unmöglich zahlen. Die Verhältnisse würden geradezu unerträglich. Ebenso müßten die nötigen Mengen unentbehrlicher Nahrungsmittel für die Ernährung der Menschen gesichert werden. Redner empfahl die Annahme des Antrages, daß das Malzkontingent der Bierbrauereien auf 25 Proz. herabgesetzt werde. Der Ausschank von Branntwein sollte ganz verboten werden; die noch vorhandenen großen Mengen sollten für das Heer beschlagnahmt werden.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki versicherte, daß in den nächsten Tagen auch an den letzten Orten die Schwierigkeiten in der Zufuhr der Kartoffeln beseitigt würden. Die Eisenbahn werde ihre größte Tätigkeit entfalten und täglich 5000 Wagen für den Transport von Kartoffeln stellen. Gegen die, welche die Kartoffeln zurückhalten, werde mit der größten Schärfe vorgegangen; jedoch kämen solche Fälle nur ganz selten vor. Anzuerkennen sei, daß die Lebensmittel in erster Linie zur Ernährung der Menschen verwendet werden müßten. Ob aber den alten Leuten, die an einen mäßigen Schnapsgenuß gewöhnt seien, der Schnaps völlig entzogen werden soll, sei zweifelhaft. Ueberdies sei die Beschlagnahme von Schnaps sehr schwierig. Die Brennereien würden gezwungen, 25 Proz. ihres Kartoffelbestandes herauszugeben, wo dies zur Beseitigung eines dringenden Notstandes notwendig ist. Sehr bedauerlich sei es, daß noch nicht Fett und Fleisch gleichmäßig verteilt werden können. Beabsichtigt sei, daß den schwer arbeitenden Personen 125 Gramm Fett für die Woche geliefert werden. Richtig sei es, daß einige Gemeinden bei der Verteilung der Lebensmittel nicht genügend die Konsumvereine berücksichtigt hätten. Das sei ein Fehler. Alle Gemeinden müßten die Massenspeisungen durchführen und könnten dann auch dazu die notwendigen Lebensmittel verwenden. Wo dies nicht geschehe, werde die Gemeinde dazu gezwungen werden. Dagegen sei es nicht möglich, bestimmte Kreise der Bevölkerung zu zwingen, ihr Essen aus der Massenspeisung zu beziehen. Auch müßten die, welche das Essen von hier beziehen, einen entsprechenden Teil ihrer Marken abliefern.

Herr v. Oppen aus dem Kriegsernährungsamt mußte zugeben, daß in Baden in der Tat markenfreies Mehl verkauft werde. Es sei dies solches Mehl, das in kleineren Mengen aus dem Auslande eingeführt worden ist. Am 29. August 1916 sei eine Verordnung erschienen, nach der auch derartiges Mehl mit Beschlag belegt werden könne.

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich verlas die Zahlen der Statistik über die Sterbefälle. Sie beweisen, daß die Verhältnisse in den letzten Jahren sehr günstig seien.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Noch immer arbeiten die Kriegsgesellschaften gegeneinander, insbesondere scheinen für die Heeresverwaltung die Vorschriften über Höchstpreise nicht zu bestehen. Auch die Ausfuhrverbote, deren Beseitigung schon im Juli vom Kriegsernährungsamt versprochen wurde, bestehen noch und führen zu unleidlichen Zuständen; der Thüringische Städtetag hat sich soeben erst wieder gegen die noch immer vorhandenen Ausfuhrverbote ausgesprochen. Das Kriegsernährungsamt kommt mit seinem Eingreifen immer zu spät. Dringend erforderlich ist eine Regelung der Vorschriften für Zusatzkarten. Der Begriff „Schwerarbeiter", den die Verordnungen des Kriegsernährungsamts vorschreiben, kann nicht zur Grundlage dienen, da bei den verschiedenen Arbeitsverhältnissen eine feste, allgemein gültige Bestimmung nicht möglich ist; es muß vielmehr den Gemeinden überlassen bleiben, denjenigen Bevölkerungsschichten, die eine erhöhte Nahrungszuwendung brauchen, Zusatzkarten zuzuweisen. Schleunigst ist Fürsorge für die Versorgung der Städte mit Kartoffeln zu treffen. Soweit die Ernte noch nicht eingebracht ist, müssen militärische Arbeitskräfte und Gespanne zur Verfügung gestellt werden; die Heranziehung von Schulkindern ist bei großstädtischen Kindern ganz unzulässig. Wenn nicht bald und energisch von den Landräten Enteignungen angedroht und durchgeführt werden, kommen die Städte in große Gefahr; es wird unmöglich, die erforderlichen Mengen Kartoffeln noch herbeizuschaffen und einzulegen. Ehe die Städte die Vorversorgung der einzelnen Einwohner vornehmen, müssen sie zuvor einen eisernen Bestand zur Deckung des Bedarfs der gesamten Bevölkerung schaffen, um während des Frostes, wo die Zufuhr aufhört, gesichert zu sein. Zur Herstellung von Spiritus sollten Kartoffeln jetzt gar nicht gegeben werden, der Bedarf an technischem Spiritus ließe sich besser durch Melasse decken, da diese jetzt bei der besseren Futtermittelernte nicht in solchem Umfange wie im Vorjahr zur Fütterung gebraucht wird. Die freie Abschlachtung der Schweine müsse eintreten, da für die großen Bestände das Futter nicht reicht, um Futterschweine zu züchten. Ferner sei jetzt schon eine Fürsorge für die Produktion des nächsten Jahres nötig, und zwar durch Produktionszwang mindestens für einzelne Nahrungsmittel. So sei größerer Anbau von Hülsenfrüchten dringend erforderlich. Auch für die Massenspeisung ist Lieferung von Hülsenfrüchten erforderlich, denn frisches Gemüse ist zwar schmackhaft, nährt und sättigt aber nicht genügend; das sei auch der Grund, weshalb die Massenspeisung nicht so in Anspruch genommen wird, wie man berechnet hatte. Nahrhafter könne die Massenspeisung werden, wenn Brot zur Mahlzeit verabfolgt wird, was aber nur möglich ist, wenn den Gemeinden hierzu besondere Zusatzkarten für Brot zugeteilt werden.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Am 1. Dezember findet eine Volkszählung statt, weil für vier Millionen Personen mehr, als nach unserer Vermutung in der Tat vorhanden sind, Brotmarken beansprucht werden. Offenbar werden noch oft Marken verlangt für solche Personen, die verzogen sind. Bei der Zählung sollen auch solche Personen festgestellt werden, die als Schwerstarbeiter anzusehen sind. Schwerstarbeiter seien die Arbeiter, die unter Tage oder am Feuer arbeiten. Sie sollen bei der Zuweisung von Zulagen zu Fett und Fleisch besonders berücksichtigt werden. Bei der Bestimmung, wer als Schwerstarbeiter gelten soll, seien selbstverständlich die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. — Auch er halte es für falsch, wenn die Schuljugend aus der Stadt allgemein herangezogen werde zum Kartoffeln ausnehmen. In besonderen Fällen aber, z. B. wenn die Eltern vom Lande zugezogen und die Kinder mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut seien, sei die Verwendung der Kinder angebracht. Auch Dirnen aus der Stadt könnten dazu gezwungen werden.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, daß Anweisungen ergangen sind, bei Einkäufen für die Heeresverwaltung dürfe unter keinen Umständen über die Höchstpreise hinausgegangen werden. Fehler seien in einzelnen Fällen vorgekommen, dagegen sei aber sehr scharf eingeschritten worden. — Abg. Gothein beanstandete, daß 5000 Wagen auf der Eisenbahn viel zu wenig seien. — Der Präsident des Kriegsernährungsamts berichtigte sich später, daß die Eisenbahn nicht 5000, sondern 10 000 Wagen täglich stellt. Redner weist dann darauf hin, daß in Oberschlesien seit Kriegsausbruch der Ausschank von Schnaps verboten sei, ohne daß dadurch irgendwelche Mißstände entstanden wären; was in diesem Gebiete möglich sei, müsse auch in anderen Gebieten durchgeführt werden können.

Abg. Hoch (Soz.) weist darauf hin, daß bei Versendung der Frühkartoffeln schwere Fehler vorgekommen seien. Einzelnen Gemeinden seien ganze Waggonladungen zugewiesen, obgleich sie versorgt waren und infolgedessen für die noch weiter zugeschickten Mengen keine Verwendung hatten. Die Folge davon war, daß viele Kartoffeln zugrunde gegangen sind. Ferner sei in dem Bezirk Hanau, wo eine sehr reiche Kartoffelernte war, eine Vereinbarung mit den Landwirten erfolgt, daß die Kartoffelpreise um 1 M. pro Zentner geringer bemessen wurden. Der Regierungspräsident hat diese Abmachung nicht genehmigt, sondern die Gemeinde gezwungen, den Landwirten gegen ihren Willen den vollen Höchstpreis zu zahlen. Redner verlangt Auskunft darüber, ob sich die Reichsleitung nicht mehr als bisher der sogenannten Ersatzmittel annehmen wolle; mit ihnen werde oft ein arger Schwindel getrieben und hier sei notwendig, daß für das ganze Reich festgesetzt werde, welche Ersatzmittel verkauft werden können und welche Preise dafür zu zahlen sind. Ferner weist Redner darauf hin, daß verschiedene Redner bereits Auskunft verlangt haben, wie es komme, daß so verschiedene Mengen an Fleisch und Fett in den einzelnen Bezirken zur Verteilung kommen. Die Redner hätten verlangt, daß die Art und Weise der Verteilung klargelegt werde. Das sei bisher nicht geschehen. Dringend notwendig sei es, daß in der Kommission hierfür Auskunft gegeben werde. In der Stadt Hanau z. B. werde in der letzten Zeit eine ganz geringe Menge von Fett und Fleisch ausgegeben und nicht einmal diese Menge sei regelmäßig eingetroffen, so daß seit zwei Wochen überhaupt keine Butter verteilt werden konnte.

Die Abgg. Giesberts, Mayinger, Gamp und Schiele bringen auch eine ganze Reihe von Beschwerden vor, die zum größten Teil das bestätigen, was bereits in der bisherigen Verhandlung vorgebracht worden ist. — Darauf geht der Präsident des Ernährungsamts eingehend auf einen Teil der Beschwerden ein. Im allgemeinen versprach er, daß das Kriegsernährungsamt alle Wünsche des Reichstags gründlich untersuchen und alles das durchführen werde, was irgend möglich sei. Er warnte insbesondere davor, daß ein Teil der Kriegsgesellschaften in anderen Städten als in Berlin errichtet werde. Es sei unbedingt notwendig, daß die Kriegsgesellschaften miteinander in Verbindung stehen und daraus ergebe sich, daß sie alle in Berlin ihren Sitz haben müssen. Ein Zwang, daß die Landwirte besondere Produkte herstellen, sei sehr bedenklich. Das Kriegsernährungsamt werde sich bemühen, die Erzeugung gewisser Früchte, wie Oel und Hülsenfrüchte, dadurch zu fördern, daß für diejenigen, die diese und andere bestimmte Früchte anbauen wollen, ein Vorzugsrecht für den Bezug künstlichen Düngers gewährt werde. Hoffentlich werde auf diesem Wege das erreicht, was notwendig ist. Für Fische, Wild usw. könnten unmöglich billigere Preise vorgeschrieben werden, weil es dann von einem Zufall abhängen würde, wer sie bekommt, und die Wirkung würde die sein, daß den Großstädten so gut wie gar nichts mehr zugeführt werde. Heringe werden fast nur noch vom Auslande eingeführt, daher die hohen Preise. Obst n könnte nichts geändert werden. Die Beschlagnahme der Zwetschen und Aepfel war unvermeidlich geworden, da die Marmeladenfabriken nicht in der Lage waren, diejenigen Mengen der Früchte zu bekommen, die sie brauchten und die beschafft werden mußten, wenn die notwendige Menge Marmelade für die Bevölkerung vorhanden sein sollte. Mit Zwetschen ist im allgemeinen ein guter Erfolg erzielt worden, mit Aepfeln leider nicht. Beim Fett werde mit allen Mitteln gesucht werden, die Rationierung durchzuführen. Hier seien auch Schwierigkeiten zu überwinden, die müßten aber überwunden werden. Ebenso werde man für Grütze, Graupen, Gries und Teigwaren die Rationierung durchführen. Sie sei bereits im Gange und werde bald abgeschlossen sein.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Montag vertagt. Sonnabend n d eine „Besprechung" von Heeresfragen stattfinden.

Die Judenzählung von 1916.

Ein Protest von Philipp Scheidemann.

Durch Beschluß der Budgetkommission des Reichstags vom 19. Oktober, die in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen nach ihrer Religion feststellen zu lassen, erscheint mir als ein so ungeheuerlicher Verstoß gegen alles gute Herkommen und gegen die Grundsätze eines konfessionell neutralen Staatswesens, daß ich nicht verfehlen möchte, auch außerhalb des Reichstages an jeder mir erreichbaren Stelle aufs schärfste Verwahrung gegen ihn einzulegen.

Dem Staat geht das religiöse oder nichtreligiöse Bekenntnis seiner Bürger nicht das allergeringste an. Nach meiner Auffassung hätte jeder Staatsbürger das Recht, sich die zudringliche Frage nach seiner Konfession entschieden zu verbitten und sie unter Umständen auch unbeantwortet zu lassen.

Wenn die in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen ohne Unterschied der Konfession die Angabe ihres Bekenntnisses einfach verweigern würden, so wäre das eigentlich nur selbstverständlich, und es würde ihnen die Sympathie aller anständig denkenden Menschen eintragen.

Der Beschluß der Budgetkommission wird nun freilich damit begründet, daß durch die Erhebung „eine weit im Volke verbreitete Meinung" widerlegt werden soll, wonach in den Kriegsgesellschaften besonders viel „jüdische Drückeberger" säßen. Wenn in den Kriegsgesellschaften Drückeberger sitzen, so soll man sie an die Front schicken! Ob sie Juden oder Christen sind, ist total gleichgültig.

Der Beschluß der Budgetkommission ist aber auch wirklich nicht als Maßnahme zum Schutze der Juden gegen antisemitische Hetze gedacht, vielmehr kommt er den Gedankengängen der Herren, denen die sogenannte Judenfrage das A und O echtteutscher Politik ist, in der weitherzigsten Weise entgegen.

Daß er überhaupt gefaßt werden konnte (trotzdem die Regierung sich dagegen verwahrte — D. Red.), ist ein interessantes Symptom. Schon jetzt zeigt sich ganz deutlich, daß nach dem Kriege zwei große Richtungen um die Herrschaft im Innern kämpfen werden: eine entschieden freiheitliche Richtung, die in der Hauptsache von dem modernen, freien und vorurteilslosen Geist der Arbeiterklasse getragen sein wird, und eine reaktionär demagogisch-nationalistische Richtung, die dann naturgemäß auch antisemitisch sein muß und deren ausgesprochen judenfeindliche Färbung sich jetzt schon bemerkbar macht. Im Kampf gegen politische Privilegien und Kapitalherrschaft würde die Arbeiterbewegung sehr rasch unwiderstehliche Macht gewinnen, wenn es ihren Gegnern nicht rechtzeitig gelänge, die weniger aufgeklärten Massen der Bevölkerung von der allgemeinen Bewegung abzuzwingen, sie von den eigentlichen Kampfzielen auf bloße Scheinziele abzulenken und dadurch ungefährlich zu machen.

Diesem Zweck dient die antisemitische Bewegung, die sich an allen Ecken und Enden hervorwagt und die in dem erwähnten Beschluß der Budgetkommission überraschend früh ihren ersten prinzipiellen Sieg verzeichnen darf.

Jener Beschluß ist im höchsten Grade parteiisch. Wenn man schon Juden zählen will so soll man sie doch nicht nur in den Kriegsgesellschaften zählen, sondern auch in den Reihen der Kriegsfreiwilligen und in den Gräbern draußen an der Front! Man soll sie überall zählen, wo sie im Leben der Nation Tüchtiges geleistet und Verdienstvolles geschaffen haben, nicht aber nur dort, wo man Material zu finden hofft, um sie ungerechterweise in Bausch und Bogen zu verdammen.

Wir Sozialdemokraten stehen unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß der Staat unsoziale Erscheinungen zu bekämpfen hat, gleichgültig von wem sie ausgehen, daß man aber nicht ganze Bevölkerungsgruppen verantwortlich machen darf für die mehr oder minder verurteilungswerten Handlungen, die von einzelnen dieser Gruppen Zugehörigen begangen werden.

Der Beschluß der Budgetkommission ist in jeder Beziehung falsch und abwegig. Oder wollte man wirklich die „Neuorientierung" damit beginnen, daß man — sei es zunächst auch nur auf dem Felde der Statistik — den plattesten antisemitischen Liebhabereien huldigt?

Auf alle Fälle: Hier handelt es sich um Zeichen der Zeit, auf die rechtzeitig hinzuweisen, vor deren Folgen nachdrücklich zu warnen, mir Pflicht scheint.

Politische Uebersicht.

Ein neuer Zwölf-Milliarden-Kredit.

Berlin, 20. Oktober. (W. T. B.) Dem Reichstag wird morgen eine Vorlage zugehen, durch welche ein neuer Kriegskredit von zwölf Milliarden angefordert wird.

Eine Zensuranfrage.

Der Abgeordnete Werner-Gießen hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Auf dem Vertretertag des Reichsverbandes der deutschen Presse wurde nach den Zeitungsberichten eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes steht:

„Auf die Eingaben des geschäftsführenden Ausschusses hat die Reichsleitung mit der Zusicherung geantwortet, daß mindestens eine Milderung in der Handhabung der politischen Zensur eintreten solle. Die Delegiertenversammlung stellt aber als Ergebnis der heutigen Verhandlungen fest, daß teilweise sogar eine Verschärfung der politischen Zensur eingetreten ist."

Da auch der Herr Reichskanzler (vergl. die Rede vom 5. Juni dieses Jahre) die Verhältnisse auf dem Gebiete der Zensur als unerwünscht empfindet, frage ich hiermit an, was er zu tun gedenkt, um den bisherigen Zustand zu beenden?

Ist er insbesondere, um das Geheimschriftenwesen zu beseitigen, bereit, das Verbot der Kritik an seiner Politik aufzuheben sowie die gegen einzelne Schriftsteller ergangenen Vorzensurmaßnahmen fallen zu lassen und die eingezogenen „nationalistischen" Bücher freizugeben?

Mir genügt eine schriftliche Beantwortung."

Diese Anfrage legt wenig Wert auf die grundsätzliche Seite der Zensurfrage und will letzten Endes nur Erleichterungen zugunsten einer bestimmten politischen Richtung. Mit einer derartigen Einseitigkeit wird man das Uebel der politischen Zensur nicht beseitigen können. Entweder man bekämpft die politische Zensur grundsätzlich und verlangt freies Feld für jede politische Ueberzeugung, oder man nimmt sie auf sich. (r)

Eine Anfrage über den Begriff „Bedarfsgegenstände".

Wolffs Telegraphenbureau meldet:

Die Begriffe „Gegenstände des täglichen Bedarfes" und „Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes" haben in letzter Zeit in den beteiligten Kreisen zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Nicht nur der Kleinhandel, sondern auch der Großhandel ist an einer genauen Auslegung dieser Begriffe sehr interessiert. Es wird daher der Versuch gemacht werden, die Regierung durch eine Anfrage zu veranlassen, den oben bezeichneten Begriffen eine möglichst klare Auslegung zu geben. Wie wir hören, hat Herr Reichstagsabgeordneter Keinath folgende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet:

„In einer Anzahl von Verordnungen werden über den Handel und Verkehr mit „Gegenständen des täglichen Bedarfes" und „Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes" Bestimmungen getroffen, nicht nur über die Preisbildung, sondern auch über die Form des Handelsverkehrs, über Packung u. a. Zuwiderhandlungen werden mit erheblichen Geldstrafen und Gefängnisstrafen bedroht. In den Handels- und Gewerbekreisen besteht allgemeine Unsicherheit darüber, was zu den Gegenständen des täglichen Bedarfes und des notwendigen Lebensbedarfes gehört. Weder die gerichtlichen Entscheidungen noch Anfragen bei den Verwaltungsstellen geben darüber Klarheit. Auch die Anwendung der Verordnungen durch die Stellvertretenden Generalkommandos ist eine verschiedenartige.

Dieser Zustand der Unsicherheit, der ständigen Gefährdung durchaus ehrenhafter Kaufleute und Gewerbetreibender durch entehrende Strafen bedeutet eine unbegründete Beeinträchtigung des Geschäftslebens und eine schwere Härte gegen den Kaufmannsstand. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um

I. eine möglichste Klärung der Rechtslage durch eine Auslegung der genannten Begriffe herbeizuführen und

II. eine einheitliche Anwendung der Verordnungen in dieser Hinsicht sicherzustellen."

Kleine Anfragen im Reichstag.

Vor mehr als zwei Jahren hat die Regierung eine Reform in der Organisation des diplomatischen Dienstes zugesagt. Geschehen ist aber nichts. Der nationalliberale Abgeordnete v. Richthofen hat deshalb im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in der er die damals gemachten Versprechungen aufzählt und dann die Frage daran knüpft:

Ist eine dieser Reformen bereits durchgeführt und ist der Herr Reichskanzler gewillt, unter Vorbehalt grundlegender Reformen nach Kriegsbeendigung, die erwähnten Reformen, soweit dies noch nicht geschehen, auch während des Krieges zu verwirklichen?

Hammanns Rücktritt.

Zum Rücktritt des Direktors der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geheimen Legationsrats Hammann, schreibt das „Berl. Tageblatt":

Hammann, dem auch seine zahlreichen Gegner große Klugheit und Erfahrung nicht absprechen können, gehört seit vielen Jahren zu den einflußreichsten Persönlichkeiten im Reichsdienst. Er ist 1852 geboren und war ursprünglich Journalist. Bis zum Jahre 1893 arbeitete er für die „Schlesische Zeitung" und für andere Blätter der Rechten, dann auch für den „Pester Lloyd". Als Caprivi die Presseabteilung im Auswärtigen Amt aufgehoben hatte und diese Abteilung dann wieder, zunächst unter dem Grafen Groeben, neu eingerichtet werden sollte, wurde Hammann zur Mitwirkung berufen. Vor einiger Zeit wurde das Pressedezernat zu einer selbständigen Abteilung umgewandelt, und Hammann, der inzwischen Wirkl. Geheimer Legationsrat geworden war, wurde naturgemäß Direktor dieser Abteilung. Er war der intime Vertraute und Mitarbeiter des Fürsten Bülow und dann des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg. Seine Gesundheit ließ in der letzten Zeit häufig zu wünschen übrig. Ueber seine Tätigkeit wird, auch von allen Beurteilern der Zeitgeschichte, noch viel gesagt werden.

Major Deutelmoser zum Nachfolger Hammanns ausersehen.

Berlin, 20. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Vereinbarung mit der Obersten Heeresleitung steht das Ausscheiden des Majors Deutelmoser, Chefs des Kriegspresseamts, aus dem militärischen Dienst und sein Eintritt in das Auswärtige Amt bevor. Hier wird sich Major Deutelmoser zunächst mit den Geschäften der Nachrichtenabteilung unter Leitung des Ministerialdirektors Hammann vertraut machen, um später dessen Nachfolger zu werden.

„Weibliche Drückeberger."

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Tägl. Rundschau" folgende Mitteilung:

Der Magistrat von Sonnenberg macht bekannt, daß sämtlichen Kriegerfrauen, die sich an der Kartoffelernte nicht beteiligen, die städtische Unterstützung entzogen wird.

Wir halten das Vorgehen des Sonnenberger Magistrats für durchaus unzulässig und rechtlich unbegründet. Die Kriegsunterstützung ist keine Armenunterstützung, sie beruht auf einem Reichsgesetz und muß gewährt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Ausdrücklich ist im Reichstage aber wiederholt erklärt worden, daß für die Feststellung der Bedürftigkeit nicht die Grundsätze für Gewährung von Armenunterstützung angewendet werden dürfen. Es ist dringend erforderlich, daß die lokalen Verwaltungsbehörden schleunigst mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, damit die Kriegerfrauen nicht auch noch unter Härten und Ungerechtigkeiten zu leiden haben. Was soll man aber von einem Organ halten, das eine so unberechtigte, Maßnahme wie die des Sonneberger Magistrats als Maßnahme gegen „weibliche Drückeberger" bezeichnet?

Kriegs-Profitmacher.

Der Kaufmann Held in Allenstein sollte als Kommissionär der Häuteverwertung für die Kriegsledergesellschaft Häute auflaufen und an sie abliefern. Er verkaufte aber im Jahre 1915 an die Firma Demmler-Berlin 6000 Rindhäute und an die Firma Hirschberg in Berlin 2000 Rindhäute. Diese wurden als „ausländische" Häute bezeichnet und von den Berliner Firmen weiter verkauft. Die Staatskasse ist um 174 000 M. geschädigt worden. Die Berliner Händler bezahlten für die Häute 1,10 bis 1,15 M. pro Pfund, erhielten aber 1,80 bis 2 M. Held wurde vom Allensteiner Kriegszustandsgericht zu 1450 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vor der Mainzer Strafkammer hatte sich der Inhaber einer großen Schuhfabrik zu verantworten, weil er bei seinen Schuh- und Stiefelfabrikaten Pappdeckel (Ledererſatz) verwendet hatte. Der Mann wurde freigesprochen, weil er seinem Abnehmer, einem Mainzer Großhändler, gesagt hatte, die Stiefel seien nur zum Ladenverkauf, nicht zu Lieferungen an Militärbehörden geeignet. In der Verhandlung wurde weiter bekundet, daß der Mainzer Händler die Waren nach Frankfurt a. M. verkauft hatte; von dort wurden sie unter der gleichen Klausel (nur für Ladenverkauf verwendbar) an eine Berliner Firma (Jacobi) veräußert. Letzterer ließ die Vorsichtsmaßregel, daß die Stiefel nur für den Ladenverkauf geeignet sei, außer acht und verkaufte die Waren an ein militärisches Bekleidungsamt. Er wurde bereits vor einiger Zeit mit fünf Jahren Gefängnis bestraft.

Das tägliche Brot.

Keine Gemüsebeschlagnahme.

Das Lebensmittelamt in Frankfurt a. M. erklärt, daß entgegen den Gerüchten über Einführung von Gemüsekarten und Beschlagnahme von Gemüse, diese nicht in Aussicht stehen. Das Amt hat an zuständiger Stelle in Berlin telegraphisch angefragt und die Drahtnachricht erhalten: „Von Einführung von Gemüsekarten und allgemeiner Gemüsebeschlagnahme ist hier nichts bekannt."

Die Ursache der Kartoffelnot.

In der jüngsten Nummer des „Fränkischen Bauer" erlassen Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer, die Direktoren der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, einen Aufruf unter der Ueberschrift: „Bauern, gebt die Kartoffeln zum gesetzlichen Höchstpreise her!" Veranlassung dazu ist die Tatsache, daß den beiden Herren „aus verschiedenen Teilen Bayerns, insbesondere aus dem Frankenlande", Klagen zugingen, wonach „die Bauern ihre Kartoffeln nicht unter 6 bis 7 M. abgeben wollen". Der Höchstpreis beträgt 4 M. Der Aufruf erinnert die Bauern zunächst an die schweren Strafen, die auf der Ueberschreitung des Höchstpreises stehen. (Gefängnis bis zu einem Jahre oder 10 000 M. Geldstrafe.) Gegenüber der „spekulativen Zurückhaltung" wird gesagt, daß die erwartete eine Mark Mehrerlös reichlich durch den Schwund verzehrt werde. Der Wehrpflicht der Frontkämpfer wird die Nährpflicht der Bauern gegenübergestellt. Wer Wucher treibt, vergeht sich am Vaterlande. Jeder frage sich, ob auf solchem Gelde Gottes Segen ruhen kann? Dann heißt es weiter:

„Bedenkt, welche Erbitterung bei der städtischen Bevölkerung auch nur durch Einzelfälle gegen den gesamten Bauernstand hervorgerufen wird! Bedenkt, wie die Erbitterung nach dem Kriege eine geschlossene Kampflinie aller Gegner der Landwirtschaft herstellen wird! Bedenkt, was bei der Neuordnung unserer Wirtschaftsverhältnisse und unserer Handelsverträge nach dem Kriege für die Bauern herauskommen wird! Wenn eine landwirtschaftsfeindliche Mehrheit im Reichstage vorhanden ist, dann ist es vorbei mit jeglichem Schutzzoll. Bedenkt, daß zur Erhaltung dieser Grundbedingung für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft auch die Stimmen von städtischen Vertretern im Reichstage nötig sind! Bedenkt, daß die Bauern auf die anderen Stände angewiesen sind, da sie doch nur mehr ein Viertel der Bewohner des Deutschen Reiches ausmachen. Wir richten unter diesen Umständen an die gesamte Bauernschaft Bayerns den dringenden Appell, möglichst viel Kartoffeln abzuliefern und zu dem gesetzlichen Höchstpreise."

So reden Vertreter der Landwirtschaft. In der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 830) aber sucht der Reichstagsabgeordnete Schiffer, ein christlichnationaler Arbeiterführer, es so darzustellen, als ob eine absichtliche oder gar spekulative Zurückhaltung der Kartoffeln zurzeit nicht vorliegt.

Aus Groß-Berlin.

Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Der „Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau" erörterte auf seiner dritten Hauptversammlung, die er am 16. Oktober in Charlottenburg abhielt, die „Wirkungen des Krieges auf die Frauenarbeit in der Metallindustrie". Angesichts des starken Bedarfs an Arbeiterinnen, die in der Metallindustrie während des Krieges als Ersatz für Arbeiter dienen, ist die Frage ihrer Ausbildung nicht unwichtig.

Ein Bild der allgemeinen Bedingungen der Frauenarbeit in diesem Industriezweige gab Gustav Hartmann, Generalsekretär des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Seit Kriegsausbruch sind die Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterinnen teilweise außer Kraft gesetzt, so daß für sie die Arbeitszeit sich verlängerte und auch Nachtarbeit zulässig wurde. Vielfach müssen in der Metallindustrie die Frauen jetzt Arbeiten ausführen, die man sonst nur Männern zuwies. Das gilt nicht nur für die Munitionsfabriken, deren Betrieb ja jetzt einen großen Teil der Frauenarbeit beansprucht. Selbst in der Schwerindustrie habe, so führte der Referent aus, die Frauenarbeit bedeutend zugenommen. Schwere körperliche Arbeit werde von Frauen geleistet und zwar bei einer Arbeitszeit, die nicht selten das zulässige Maß sehr weit überschreite. Bei Schichtwechseln sei es vorgekommen, daß Arbeiterinnen zwei oder gar drei Schichten hintereinander leisteten. In einem oberschlesischen Hüttenwerk haben Kriegerfrauen nach eigenem Wunsch nur bei Nacht gearbeitet, um am Tage ihr Hauswesen besorgen zu können. Referent warnte vor den schlimmen Gefahren, die man für die weibliche Bevölkerung und für die kommende Generation zu befürchten habe. Abhilfe könne und müsse geschaffen werden durch Einstellung von mehr Arbeiterinnen, die sich ermöglichen lasse durch Ueberleitung von Arbeiterinnen aus Industrien mit jetzt geringem Bedarf in solche mit jetzt starkem Bedarf, zum Beispiel aus der Textilindustrie in die Munitionsindustrie. Die seit Kriegsausbruch aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen seien spätestens bei Friedensschluß wiederherzustellen. Bei aller für die Frau zu fordernden Freiheit der Arbeit müsse man doch dafür sorgen, daß sie durch Garantien für Gesundheit und Sittlichkeit geschützt wird. Zu fordern sei auch, daß den Frauen bei gleicher Leistung derselbe Lohn wie den Männern gezahlt wird. Nach dem Kriege solle die verheiratete Frau in das Haus zurückkehren.

Ueber die Qualität der Frauenarbeit sprach Frau Dr. Schumann-Fischer. Infolge des Krieges habe in der Metallindustrie nicht nur die Beschäftigung von Frauen der Zahl nach sehr bedeutend zugenommen, sondern auch ihre Verwendung bei der Herstellung von Qualitätsprodukten sich in weitem Umfang nötig gemacht. Dabei werde aber der Mann durch die Frau nicht in der Weise ersetzt, daß man etwa durch sie genau dieselbe Arbeit machen ließe. Der Arbeitsprozeß sei durch erweiterte Arbeitsteilung so umgestaltet worden, daß die auszuführenden Arbeiten sich den Leistungen dieses andersgearteten Arbeitspersonals anpassen. Die Referentin meinte, daß z. B. in der Munitionsindustrie die den Frauen übertragene Arbeit selten mehr als eine gewisse Sinnenaufmerksamkeit und kaum ein tieferes Interesse für den Arbeitsvorgang erfordert. Unentbehrlich sei daneben der gelernte Arbeiter, der als Einrichter dienen muß. Manche Arbeiterin erwerbe nach längerer Uebung die Selbständigkeit einer Facharbeiterin, doch habe im großen ganzen die Qualität der Frauenarbeit in der Metallindustrie sich nicht erhöht. Durch die Erfahrungen des Krieges sei erwiesen, daß hier die Frauenarbeit verwendbarer ist, als man bisher glaubte. Aber nach dem Kriege werde sie wohl vielfach wieder verschwinden, wenn nicht die ihr günstige Massenproduktion in der deutschen Metallindustrie größere Ausdehnung als vor dem Kriege erlange. Immerhin werde die Frau, was sie jetzt gewonnen hat, auch nachher teilweise festhalten. Das gelte besonders für diejenigen Arbeiterinnen, die es zu einer etwas höheren Leistungsfähigkeit gebracht haben. Zu wünschen sei nur, daß von den Frauen die gesundheitschädigenden Arbeiten ferngehalten und ihre Löhne nicht gedrückt werden. Die noch bestehenden Schranken für erweiterte Verwendung der Frauenarbeit in der Metallindustrie könne man überwinden durch Ausnutzung aller technischen Mittel zur Vereinfachung und Erleichterung der Arbeit. Die Leistungsfähigkeit der Frauenarbeit lasse sich steigern durch bessere allgemeine Bildung, die von den Volksschulen zu fordern sei, und durch gründlichere Fachbildung, die in der Regel am zweckmäßigsten durch praktische Anleitung und Uebung im Betrieb selbst, in besonderen Fällen durch Fachkurse und handwerksmäßige Lehre erworben werden müsse.

An die Referate knüpfte sich eine längere Diskussion. Unter anderen beteiligten sich daran Vertreter des Verbandes deutscher Metallindustrieller, der Gewerbeinspektion Berlin, des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, des Arbeiterinnensekretariats der Gewerkschaften. Für die Metallindustriellen erklärte Dr. Toebel, nur bei Herabsetzung der Löhne auf eine angemessene Höhe könne die deutsche Industrie wieder exportfähig werden. Geheimrat Hartmann hat aus den Beobachtungen der Gewerbeinspektion den Eindruck gewonnen, daß die Gesundheit der mit Männerarbeit beschäftigten Arbeiterinnen nicht leidet. Die Absicht einer Verkürzung der Arbeitsdauer sei auf Widerstand gestoßen nicht nur bei Fabrikanten, sondern mehr noch bei Arbeiterinnen. Hierzu stellte unsere Genossin Hanna fest, daß dieser Widerstand nicht von Arbeiterorganisationen gekommen ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband habe in der Kriegszeit wiederholt die zuständigen Behörden in Anspruch genommen, um Kürzungen der Arbeitsdauer durchzusetzen und so den Frauen die Arbeitsbeschaffung zu erleichtern. Ueber den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen werde von Aerzten anders als von dem Vertreter der Gewerbeinspektion geurteilt.

Ueber die Neuregelung der Wurstfabrikation in Berlin machte Magistratsrat Dr. Henschel in einer Versammlung der Ladenschlächter nach einem uns zugegangenen Bericht folgende Angaben:

Die Wurstfabrikation solle einheitlich gestaltet werden. Hergestellt würde nur Blut- und Leberwurst. Für dieselben Wurstsorten solle überall auch der gleiche Preis gelten. Von einer Uebernahme der Herstellung der Wurst in eigene Regierung habe der Magistrat noch abgesehen, sich vielmehr nur die Aufsicht über die Fabrikation vorbehalten. Die Herstellung der Wurst für die Stadt Berlin werde durch eine Anzahl Großschlächter noch von der Stadt aufgestellten Vorschriften erfolgen, und jeder dieser Großschlächter werde dann eine bestimmte ihm zugeteilte Gruppe von Schlächtern mit Wurst versorgen. Den Schlächtern selbst sei dadurch ein angemessener Verdienst gesichert. Der Magistrat sei der Ueberzeugung, daß durch diese Neuregelung der Wurstfabrikation eine bessere Ausnutzung der sonst bei der Schlachtung übrig bleibenden Teile und damit eine weitere Streckung der Fleischvorräte herbeigeführt werde. Der Magistratsvertreter ließ übrigens keinen Zweifel darüber, daß der Magistrat gewillt sei, den Plan auf alle Fälle durchzuführen, und sprach die Erwartung aus, daß das Berliner Fleischergewerbe aus patriotischen und sozialen Gründen seine Mitarbeit nicht versagen werde. In der Aussprache erklärte insbesondere Obermeister Kriesche, daß die Fleischer sich wohl fügen müßten, aber das Ergebnis des Versuches auch ruhig abwarten könnten, da ihnen zweifellos aus dem Wurstverkauf ein angemessener Verdienst erwachsen werde. Andere Redner brachten schwere Bedenken gegen die neue Maßnahme vor, indem sie darauf hinwiesen, daß durch die Vereinheitlichung der Fabrikation eine Streckung der Vorräte nicht zu erwarten sei und daß die Herstellung von Einheitswurst auch nicht den Wünschen des Publikums entspreche.

Uns will scheinen, daß der Magistrat wieder halbe Arbeit macht, einmal, weil er die Fabrikation nicht selbst übernimmt, und dann, daß er die fabrizierte Wurst nicht direkt abgeben lassen will, sondern sie erst wieder durch den Handeln verteuern läßt.

Verkauf von Schuhwerk.

Durch die Bundesratsverordnung über untaugliches Schuhwerk war der Verkauf von Schuhwerk, das vor dem 10. Juli 1916 hergestellt ist und den Vorschriften des § 1 Abs. 1 nicht entspricht, an Händler nur bis zum 31. Oktober 1916, an Verkäufer bis zum 31. März 1917 gestattet. Durch eine neue Verordnung vom 19. Oktober 1916 ist unter Aufhebung dieser Frist allgemein der Verkauf bis auf weiteres gestattet worden.

Auch die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über untaugliches Schuhwerk haben einige Abänderungen erfahren. Bisher fielen nicht unter die Verordnung Zeug- und Leinenschuhe, Strand-, Tennis-, Turn-Kletterschuhe und dergleichen, auch nicht gewendetes Schuhwerk, Tanz- und Hausschuhe, Pantoffeln und dergleichen. Dasselbe gilt nunmehr auch für gestiftete Spangenschuhe und Sandalen sowie für Schuhe, bei denen die Laufsohle und der Absatz aus Holz bestehen (Kriegsschuhe), auch solche mit aufgelegten Lederflecken. Zu der bisherigen Bestimmung, daß die Stärke (Höhe), in welcher der Absatz aus Leder bestehen muß, auf 1 Zentimeter von der Lauffläche an festgesetzt war, tritt ferner als neue Bestimmung, daß bei Holzabsätzen eine Stärke von 3 Millimeter genügt. Die Bezeichnung der Stoffe, die geeignet sind, Leder zu ersetzen, erfolgt nunmehr unter Fortfall der bisherigen Bestimmung durch Bekanntmachung im „Zentralblatt für das Deutsche Reich". Die von dem Hersteller oder Händler, in dessen Besitz sich die Ware befindet, anzubringende Bezeichnung muß von jetzt an für die Laufsohle die an Stelle von Leder verwendeten Stoffe angeben; für den Absatz genügt der Vermerk „Nicht ausschließlich aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen", für die übrigen Schuhteile der Vermerk „Nicht überwiegend aus Leder oder zugelassenen Ersatzstoffen".

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität

für Sonnabend, den 21. Oktober 1916.

Schellfische, klein (bis 3/4 Pfund) 2,00 M., mittel (von 3/4 bis 1 Pfund) 2,25 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,38 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,50 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,88 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 2,00 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,82 M., ohne Kopf (im Ausschnitt) 3,00 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,13 M. (Zufuhr knapp.)

Pünktliche Abhebung der Kriegsunterstützung.

Der Magistrat teilt mit: „Die Zahlung der Kriegsunterstützungen erfolgt laut Gesetz in halbmonatlichen Raten im Voraus. Die Unterstützungsbureaus leisten die Zahlungen an den dafür festgesetzten Zahltagen, welche drei bis vier Tage vor dem Monatsersten und der Monatsmitte liegen. Sie sind bei ihrer großen sonstigen Arbeitslast außerstande, die Wahl der Zahlungstage in das Belieben der Empfänger zu stellen. Würde jedem Empfänger es überlassen, sich seinen Zahlungstag nach Gutdünken zu wählen, so würde sehr zum Schaden der Gesamtheit der Kriegsunterstützungsempfänger das Zahlungsgeschäft sich sehr wesentlich verlangsamen. Es ist daher im Allgemeininteresse dringend geboten, daß die Unterstützten an denjenigen Tagen die Unterstützung abholen, die für sie festgesetzt worden sind. Wenn auch selbstverständlich aus dringenden Gründen hiervon einmal abgewichen werden kann, so dürfen doch solche Abweichungen nicht grundlos verlangt werden. Die Kriegsunterstützten müssen daher den auf ihren Unterstützungsbogen vermerkten Zahltag innehalten; nur so kann eine ordnungsmäßige und schnelle Abwicklung der Zahlungen gewährleistet werden.

Zum Siebenuhr-Ladenschluß wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

„Zu der Mitteilung der kaufmännischen Verbände über den Siebenuhr-Ladenschluß schreibt die „B. Z." in ihrer Nr. 235 vom 6. Oktober:

„Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Siebenuhrschluß mit den Bedürfnissen einer Millionenstadt wie Berlin nicht zu vereinbaren ist, so viele Vorteile er auch für einen Teil der Geschäftsinhaber haben mag. Für die großen Warenhäuser erscheint der

frühe Ladenschluß ohnedies nicht diskutabel, denn diese verzeichnen gerade in den späten Abendstunden den größten Geschäftsgang."

Woher hat denn die „B. Z." diese Weisheit? Schon im Jahre 1914 haben die maßgebenden Waren- und Kaufhäuser und der Verband der Berliner Spezialgeschäfte (letztere schon in Friedenszeiten) versucht, durch freie Vereinbarung den Siebenuhr-Ladenschluß einzuführen, und in der Tat kündigten am 9. 8. 14 die Warenhäuser A. Wertheim und Hermann Tietz den Schluß der Geschäfte um 7 Uhr an. Die Freude der Angestellten währte allerdings nur einen Tag, denn der Umstand, daß einige Außenseiter nicht pünktlich schlossen, brachte die Vereinbarung zum Scheitern. Noch heute würden diese Häuser einen behördlichen Zwang begrüßen, da längst durch statistische Erhebungen festgesetzt ist, daß der Hauptgeschäftsgang zwischen 5—6½ Uhr fällt und um 7 Uhr merklich abflaut um gegen 7½ Uhr fast gänzlich aufzuhören. Die Licht- und Heizersparnis würde gerade in den großen Betrieben eine ganz erhebliche sein."

Die Angestellten würden den Siebenuhrschluß nicht nur im Interesse der Ersparnis von Licht und Heizung begrüßen, sondern im gesundheitlichen Interesse.

Arbeiterbildungsschule. Der Kursus des Genossen Bernstein beginnt nicht, wie gestern irrtümlich im Inserat der Schule gestanden hat, am heutigen Sonnabend, sondern erst Sonnabend, den 28. Oktober, wie überhaupt alle Kurse erst nächste Woche ihren Anfang nehmen.

Heiratende Lehrerinnen.

Die Frage, ob die Schule verheiratete Lehrerinnen zulassen kann und soll, war in einer vom Verein Frauenwohl einberufenen Versammlung erörtert worden. (Vergl. „Vorwärts" Nr. 259.) Der Meinungsaustausch hierüber wurde in der pädagogischen Presse fortgesetzt und dauert noch an, wobei die Gegner jener Forderung ausgiebig zu Worte kommen. Zu dem Einwurf, daß ja jede Lehrerin heiraten kann und auch viele Lehrerinnen heiraten, möchten wir für Berlin feststellen, daß hier die Eheschließungen von Lehrerinnen keineswegs häufig sind. Man könnte absehen von der Kriegszeit, deren Ergebnisse bezüglich der Verheiratung von Lehrerinnen gewiß durch die besonderen Zeitumstände beeinflußt sind. Aber wie stand es denn hiermit in der Friedenszeit? Den jährlichen Verwaltungsberichten der Schuldeputation entnehmen wir, daß aus den Gemeindeschulen Berlins zum Beispiel in den Schuljahren 1912/13 und 1913/14 von den wissenschaftlichen Lehrerinnen nur 29 und 26 wegen Verheiratung ausschieden. Das Schuljahr 1914/15, das zum größeren Teil schon in die Kriegszeit fiel, brachte sogar nur 18 Abgänge wissenschaftlicher Lehrerinnen wegen Verheiratung. Aber gerade nach Kriegsausbruch dürften infolge der Kriegstrauungen auch die Verheiratungen von Lehrerinnen sich gemehrt haben, wobei für manche kriegsgetraute Lehrerin die wegen Verheiratung ihr aufzuerlegende Entlassung hinausgeschoben wurde. Mit den Heiratsziffern der Schuljahre vor Kriegsausbruch vergleiche man nun, wieviele wissenschaftliche Lehrerinnen überhaupt an den Berliner Gemeindeschulen angestellt sind. Nach dem Stand beim Schluß des Schuljahres belief die Gesamtzahl sich für 1912/13 auf 1701, für 1913/14 auf 1750 (für 1914/15 auf 1767). Wir können wohl die Grenze der Heiratsfähigkeit für die Lehrerinnen mindestens bis in den Anfang der vierziger Jahre hinaufrücken, ein Lebensalter, das für sie in der Regel mit etwa dem 20. Dienstjahr zusammenfallen dürfte. Im Schuljahr 1913/14 hatten rund 600 wissenschaftliche Lehrerinnen der Gemeindeschulen mehr als 20 Dienstjahre hinter sich, und ein ähnlicher Anteil würde sich für diese älteren Lehrerinnen auch in den anderen Jahren ergeben. Danach wären aus den Gesamtzahlen rund 600 als nicht mehr heiratsfähig auszusondern, so daß für 1912/13 rund 1100, für 1913/14 rund 1150 wissenschaftliche Lehrerinnen heiratsfähigen Alters anzunehmen wären. Und von diesen 1100—1150 noch im heiratsfähigen Alter stehenden Lehrerinnen haben in den zwei Jahren nicht mehr als 29 und 26 geheiratet! Sollen wir wirklich glauben, daß auch bei Zulassung verheirateter Lehrerinnen zum Schulamt nicht mehr als diese paar Dutzend den Weg zum Eheglück gefunden hätten?

Eine Kaninchenausstellung ist von der Militärverwaltung eröffnet worden, welch letztere der Kaninchenzucht ihre Fürsorge zugewendet hat. Die Ergebnisse dieser Aufzucht und Mast von Kaninchen sollen nun weitesten Kreisen des Publikums vorgeführt werden. Zu diesem Zwecke findet in der Zeit vom 21. bis 24. Oktober d. J. im Bereiche des stellvertretenden Generalkommandos des Gardekorps, und zwar im Exerzierhause des Ersatz-Bataillons 2. Garderegiments zu Fuß, Karlstr. 12, eine Kaninchenausstellung statt. Ihre Eröffnung erfolgt heute Sonnabend, den 21. d. Mts., um 10 Uhr vormittags in der Osthalle des Exerzierhauses.

Für den allgemeinen Besuch wird die Ausstellung am Sonnabend um 12 Uhr freigegeben werden.

Am Montag und Dienstag ist die Ausstellung nur für Schüler in Begleitung von Lehrern geöffnet.

Um im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse das Verständnis für die Kleintierzucht in die breitesten Volksschichten zu tragen, steht die Ausstellung jedem offen.

Alle Militärpersonen in Uniform haben freien Eintritt, ebenso die Lehrer und Schüler am 23. und 24.

Sonst beträgt das Eintrittsgeld 25 Pf., damit die Ausstellungskosten gedeckt werden können.

Feldpostsendungen nach türkischen Gebieten.

Die Verpackung der Feldpostpäckchen, die an deutsche Heeresangehörige nach türkischen Gebieten gesandt werden, ist immer noch recht unzureichend. Sie nimmt nicht genügend Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Verkehrsverbindungen und des Klimas. Schwache Pappkästen mit kleinem Deckel oder Papprollen sind durchaus ungeeignet und halten die Beförderung nicht aus.

Am vorteilhaftesten ist es, Blechschachteln zu verwenden oder die Päckchen einzunähen. Die Aufschrift muß besonders sorgfältig, haltbar und leserlich sein. Bleistiftaufschriften sind unzweckmäßig. Versendung von leichtverderblichen Waren muß unbedingt vermieden werden.

Im eigensten Interesse der Heeresangehörigen und der Absender liegt es, diesem Versand die peinlichste Aufmerksamkeit zu widmen.

Altgummisammlung. Für die Berliner Altgummisammlung sind als Sammelstellen eingerichtet worden: die Hauptsammelstelle des Roten Kreuzes von Berlin, Poststr. 5, die Geschäftsstelle des Roten Kreuzes von Berlin, Markgrafenstr. 40, und Hofspediteur Gustav Knauer, Wickmannstr. 7, sowie die Schulen des Stadtbezirks Berlin.

Neuer Samariterkursus. Am 2. Oktober begann die Arbeiter-Samariterkolonne in ihrem Uebungslokal bei Gieske, Köpnicker Straße 62, einen neuen Samariterkursus. Wer noch beabsichtigt, an diesem Kursus teilzunehmen, erscheine am 30. Oktober, abends 8½ Uhr, im obenbenannten Lokal.

Ueber die zweckmäßige Fütterung des Geflügels zur Jetztzeit wird Herr Direktor Beeck, der Leiter der Geflügelzuchtanstalt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Cröllwitz am Freitag, den 27. Oktober, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Zum Fürsten Bülow", Potsdamer Straße 45, einen Vortrag halten. Der Klub deutscher Geflügelzüchter, der Veranstalter des Vortrags, weist darauf hin, daß der Eintritt frei ist, daß aber, um Ueberfüllung des Lokals zu vermeiden, vorher Eintrittskarten von der Geschäftsstelle, Berlin W 57, Steinmetzstr. 2, ausgegeben werden.

Kleine Nachrichten. Zu dem gemeinsamen Selbstmord zweier Frauen, über den wir berichteten, erfahren wir, daß die Toten auch gestern noch nicht bekannt sind. Nach der Kleidung und den Wert- und Schmucksachen zu urteilen, haben sie wohl den besser gestellten Kreisen angehört. Als vermißt sind die beiden Frauen in Berlin nicht gemeldet. Es wird deshalb vermutet, daß sie sich nur kurze Zeit hier aufgehalten haben, oder eigens zu dem Zweck nach Berlin gekommen sind, um hier gemeinsam in den Tod zu gehen. — Am Neuen Tor erschossen hat sich gestern morgen ein unbekannter Mann von etwa 30 Jahren. Ein Schutzmann fand ihn um 7 Uhr zusammengebrochen auf einer Ruhebank in den Anlagen sitzen und brachte ihn nach der Charité. Dort konnte aber nur noch der Tod festgestellt werden. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Unbekannte hatte sich eine Kugel in den Mund durch den Kopf geschossen. Er hat eine verkrüppelte linke Hand, die er in einem Handschuh trug. Einige Finger fehlen. Der Tote trug einen grauen Regenmantel, eine helle Hose, einen braunen Schlapphut und Lackstiefel. — Für 15 000 M. Teppiche erbeutete am Mittwochabend, wie nachträglich bekannt wird, ein Handwagendieb am Potsdamer Platz. Ein Angestellter des Kaufmanns Jacouto aus der Kaiser-Wilhelm-Straße 4 kam von Charlottenburg her, um die Teppiche nach seinem Geschäft zu bringen. Am Potsdamer Platz suchte er die Bedürfnisanstalt auf und ließ für den Augenblick den Wagen unbeaufsichtigt draußen stehen. Als er wieder herauskam, war der Wagen mit der wertvollen Ladung verschwunden. Das war um 8 Uhr abends. Der leere Handwagen wurde später in der Mulackstraße gefunden. Die Teppiche aber sind spurlos verschwunden. Es sind 12 Stück: je ein Ejar (171×367), Meir (212×488), Koltuk (162×195), Saf-Smyrna Antik (206×359), Samarkand (246×510), Sarak (250×365), Afghan (190×360), Sumak (230×315), Alte Kasak (195×313), Iran (145×300), Bochara, Täbris (345×405). Der Bestohlene setzt auf die Wiederbeschaffung der Teppiche eine Belohnung von 300 M. aus. — Für 18 000 M. Gold- und Silbersachen fielen Einbrechern und einem Diebe in Spandau und Berlin in die Hände. Die Einbrecher hoben an dem Laden des Juweliers Richard Neutz in Spandau den Rollvorhang empor, zertrümmerten die Schaufensterscheibe und stahlen für 10 000 M. Waren, darunter Broschen alter Kunstschmiedearbeit mit grünlichen Steinen und handgetriebenem Blumenschmuck, Eisenbeinsochen, Ohrringe, Damenringe, einen Mariesring mit Perlen und Rubinen, zwei Kolliers mit bunten Handmalereien, silbernen Ketten usw. — In einem Pensionat in der Friedrichstraße kehrte der Vertreter B. einer Juwelenhandlung ein. Er brachte in einem Koffer für 8000 M. Gold- und Silberwaren, darunter eine wertvolle Remontoiruhr, Broschen, Ketten und eine größere Menge Bruchgold aller Art. Als er gestern von einem Ausgang zurückkehrte, war der Koffer aus dem Zimmer, das er beim Weggang verschlossen hatte, verschwunden. Man fand ihn wieder in dem Zimmer eines anderen Gastes, der als Kurt Fischer sich eingemietet hatte. Es war jedoch leer und Fischer ist verschwunden. Man hat von ihm noch keine Spur gefunden.

Aus den Gemeinden.

Schöneberg. Der erste Volksunterhaltungsabend beginnt am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 4½ Uhr in der Aula der Hohenzollernschule, Belziger Str. 48. Dieser Abend ist dem Konzert gewidmet und haben ihre Mitwirkung zugesagt: Frau Maria v. Eylen-Seret, Konzert- und Oratoriensängerin, Professor Dr. Georg Schumann (Klavier), Professor Willi Heß (Violine) und Kgl. Kammervirtuos Hugo Dechert. Zum Vortrag gelangen Lieder von Brahms, Schubert und Beethoven.

Eintrittskarten das Stück 35 Pf. sind zu haben bei Bäumler, Meininger Str. 9, Konsumgenossenschaft, Apostel-Paulusstr. 40 und an der Abendkasse.

Kleinkinderfürsorge in Charlottenburg.

Die Fürsorge für die Kleinkinder, d. h. die Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt Charlottenburg seit dem 1. April 1911 eingerichtet. Gerade für diese Altersstufe, in der die Grundlage für die körperliche und geistige Entwicklung gelegt und der Kern für manche spätere Erkrankung aufgenommen wird, ist eine sorgfältige ärztliche Ueberwachung dringend geboten. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen werden besondere Wochensprechstunden für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten ersten Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgestellt. Zugelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestellen vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegemütter erhalten dabei unentgeltlichen ärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkindersprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Straße 137: Mittwoch, 2—3 Uhr; II, Wilmersdorfer Straße 111: Dienstag, 2—3 Uhr; III, Kirchplatz 5a: Freitag 1—2 Uhr; IV, Rehringstr. 11: Dienstag, 2½—3½ Uhr; V, Kaiserin-Augusta-Allee 102: Dienstag, 2—3 Uhr; VI, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Mollwitzstraße: Mittwoch, 2 bis 3 Uhr; VII, Horstweg 28: Donnerstag, 2—3 Uhr. Die Mütter und Pflegemütter, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingssprechstunde mitvorstellen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kleinkinder hat sich bisher sehr gut bewährt und kann den Müttern und Pflegemüttern der Kinder zum eifrigen Besuch nicht dringend genug empfohlen werden.

Zur Krankenernährung in Berlin-Wilmersdorf. Die Ausgabe der auf Grund ärztlicher Atteste bewilligten neuen Milchkarten und Fleischzusatzkarten für Kranke und Rekonvaleszenten erfolgt in Berlin-Wilmersdorf von Donnerstag, den 26., bis Sonnabend, den 28. Oktober, buchstabenweise nach der bekannten Ausgabeordnung durch das Statistische Amt, Gasteiner Str. 11, 2. Stockwerk, Zimmer 14a. Nur Kranke, die zur Entgegennahme von Milchkarten an die Brotkommissionen verwiesen sind, werden dort an den vorgenannten Tagen zur gleichen Zeit (9—2 Uhr und 5—7 Uhr) abgefertigt.

Zur Beschleunigung der Ausführung von Desinfektionen in Charlottenburg in dringenden Fällen empfiehlt es sich, sie bei der Charlottenburger städtischen Desinfektionsanstalt (Amt Wilhelm 427) unmittelbar zu beantragen, ohne die polizeiliche Anzeige bei dieser abzuwarten. Im Interesse der Angehörigen des Kranken oder des Toten wird dadurch viel an Zeit gespart. Die polizeiliche Mitteilung dient der Anstalt nur zur Entscheidung über die Gebührenpflicht.

Parteiveranstaltungen.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, den 22. Oktober 1916, vormittags 9 Uhr, findet im Berliner Gewerkschaftshause, Engelufer 15, eine **außerordentliche Kreisgeneralversammlung** statt. Genaue Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Wir bitten trotz der Kürze der Vorbereitung um volle Beteiligung.

Der Kreisvorstand. J. A.: Paul Frassek.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17: Neukölln, „Ideal-Palast", Idealpassage; Oberschöneweide, Alarstr. 2: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Ernst Rotter: „Zukunftsaufgaben der Philosophie". Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg (V. a. G.). Filiale Berlin 3. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Kayser, Reichenberger Str. 154. — **Filiale Berlin 4.** Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Heinrich, Große Frankfurter Straße 30. — **Filiale Berlin 5.** Mitgliederversammlung heute Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Thiel, Rückerstr. 7.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Herren- und Knabenmodehaus S. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße, weist anläßlich des Wechsels der Jahreszeit auf sein reich assortiertes Lager von Herren- und Knabenmoden in den verschiedensten Preislagen hin.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Centrum: Albert Habnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Markusstr. 36. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr. — Karl Melle, Petersburgerplatz 4. (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
4. Wahlkreis. Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Lucht, Kummanelkirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Wedding: R. Hönisch, Müllerstr. 34a Ecke Utrechter Str., Laden. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Bolgast, Mattstraße 9. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwargioje, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Friedrichstr. 46.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthaler Str. 13, 1.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Heinrich Broese, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf: Paul Genisch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mable, Grünauerstr. 37.
Erkner, Neu-Zittau: F. Paulisch, Kurzestr. 10.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende: H. Bernsee, Uffenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Berkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 23
Karlshorst: Hermann Billing, Dönhoffstr. 23.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Luckenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Bikler, Kiegerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Herzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Marienfelde: August Leip, Chausseestr. 29.
Neuenhagen, Hoppegarten: Boldzikowski, Dorfstraße 14.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Neukölln, Brix: Mohr, Siegfriedstraße 28/29 Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rihmann, Mühlenstr. 30. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurisch, Provinzstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11—1½ u. 4½—7 Uhr.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstr. 10
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Meininger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm: Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riemann Borsigwalde, Hauptstraße 16. Geöffnet von 11—1½ u. von 4½—7 Uhr.
Teltow: Lenschner, Havelstr. 2.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Gust. Roßkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert Wilhelmsaue 27.
Zeuthen, Miersdorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Zietenstr. 16.
Zossen: Fr. Natsch, Berliner Str. 24.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von **Kavalleren wenig getragener** sowie im **Versatz** gewesener **Jackett-, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster,** teils auf Seide, enorm billig. Großes Lager in **neuer Maßgarderobe,** aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in **Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln** bis zur feinsten Ausführung. **Gelegenheitskäufe** in **Pelzkragen, Pelerinen, Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißfuchs** u. a., in modernster Ausführung, statt 40—250 M. **jetzt 20—175 M.** Große Auswahl in **Herren-Gehpelzen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen.** Extra-Angebot in Lombard gewesener **Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten** zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts"-Leser erhalten 10 % extra.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel. Bezirk 206 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, die Gastwirtin

Berta Hans

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr., aus statt.

216/16 **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zimmerer

Hermann Schreiber

(Böhm. Brauhaus) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 21. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhof in Weißensee, Lichtenberger Straße, statt. 48/3

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Die Ortsverwaltung.**

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 222/6*
Sprechstunden: 10—1 und 5—8.

Marken liefert seit 1879 **Jean Holze** HAMBURG, I Muster frei

---

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Neue fertige Herren-Kleidung
für Herbst und Winter.

Ueberzieher und Ulster 36^{00} 45^{00} 54^{00} *68^{00} *75^{00} *85^{00} *95^{00} *110^{00}
Sakko-Anzüge 33^{00} 39^{00} 45^{00} 54^{00} *65^{00} *75^{00} bis *90^{00}
Röcke und Westen 36^{00} 45^{00} 54^{00} *58^{00} *68^{00} *78^{00}
Gestreifte Beinkleider 6^{50} 8^{50} 9^{50} 10^{50} 12^{50} 14^{50} 16^{50} *18^{50} *21 *24
Phantasie-Westen 4^{50} 5^{50} 6^{50} 7^{50} 9^{50} *10^{50}
Loden- (Bozener) Mäntel 26^{50} 31^{50} 39^{50} *42^{00}
Regen- u. gumm. Mäntel alle Preislagen bezugscheinfrei 18^{50} 25^{00} 30^{00} 36^{00} 42^{00} bis 70^{00}

Loden-Joppen — Schlafröcke — Pelz-Paletots

Die mit * bezeichneten Waren sind bezugscheinfrei.
Bezugscheinformulare werden von uns kostenlos verabfolgt.

Unsere Maß-Abteilung liefert erstklassige Garderobe zu mäßigen Preisen!

R. Landsberger G. m. b. H.
(Gegründet 1840)

Friedrichstr. 108, Ecke Johannisstraße, gegenüber Karlstraße.

Vom 1. Oktober ab Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
8. Abt. Bez. 590.

Nachruf!

Am Sonntag, den 15. Oktober, verstarb unser Genosse, der Tischler

Gustav Muß

Putbuser Str. 36.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat am Mittwoch, den 18. d. M., bereits stattgefunden.

4. Abt. Bez. 544.

Am Donnerstag, 19. Oktober, verstarb unser Genosse, der Kerzenmacher

Karl Bolle

Senefelderstr. 26.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Gemeinde-Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

229/3 **Der Vorstand.**

Zum Gedenktage
meines lieben Mannes, guten Sohnes, Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und Neffen

Franz Homann

gefallen am 21. Oktober 1915.

Tiefes Schweigen herrscht an Deinem Grabe, Stille Wehmut im verlass'nen Haus. Die Liebe spricht in diesem Nachruf unsere Schmerzen aus. 1877b

In schmerzlicher Erinnerung
Deine Gattin
Gertrud Homann geb. Jauzen,
Neukölln, Pflügerstr. 16.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. Oktober mein lieber Sohn, der Musketier

Ernst Ritter

im 20. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
seine Mutter
Emma Lönsmann geb. Ritter
Kolberger Str. 31. 45R

Konsum-Produktiv- u. Sparverein Zehlendorf u. Umg.
e. G. m. b. H.

Einladung
zur
Ordentl. General-Versammlung
am Sonntag, den 29. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Benno Mittey in Zehlendorf, Potsdamer Straße 25.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates, Genehmigung der Bilanz, Entlastungserteilung für den Vorstand und Aufsichtsrat.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Enthebung vom Vorstande und Wahlen zum Vorstande, desgleichen zum Aufsichtsrat. 104/6
4. Genossenschaftliches.

Der Aufsichtsrat.
Wilh. Jakob, Vorsitzender.

Ein Stück Thüringer Wald vor dem Fenster. Balkonschmucktannen, frischgrüne Tannenbäumchen mit Wurzeln. **4 Pf.** Je dichter man pflanzt, um so schöner ist der Schmuck. 100 Stück M. 3.—, 1000 Stück M. 20.—, unter 50 Stück werden nicht verschickt. Die Tannen pflanze man in leere Blumentöpfe, Kübel, Kästen, bedecke die Pflanzung mit frischem Waldmoos und schmücke damit die Fenster, Balkons und Treppenaufgänge. Das Waldmoos hält die Tannen immerwährend gesund und frisch. Frisches Waldmoos, Paket 30 Pf. Die Aufträge werden der Reihe nach, in der sie einlaufen, ausgeführt, soweit, wie die vorhandene Tannenmenge zuläßt. Verbindlich ist dieses Angebot nur bis 31. Oktober. **Blumengärtnereien Petersein-Erfurt, Lieferanten für Se. Majestät den Deutschen Kaiser.** Für Gemüsesämereien wird gegen früher eine ungeheuere Preissteigung eintreten, und was das schlimmste ist: Es wird in Kohlrabi, Salat, Gurken, Porree etc. nicht genug Samen im Frühjahr vorhanden sein. Heute ist alles noch billig und alles noch vorrätig. Wir raten daher unserer Kundschaft dringend, ihren ganzen Bedarf sofort einzudecken. Hauptkatalog umsonst über alle Gemüsesämereien, Obstbäume, Beerensträucher, Rosen, Blumenzwiebeln.

Jetzt Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Grösste Auswahl!!! Sehr billige Preise!!!

Entzückende Formen!! **Gediegenste Stoffe!!**

Plüschmäntel
Hervorragde. Sealplüschmäntel Seidenplüsch, nur Ia Qualitäten, Glockenformen, lose Formen mit echten Pelzbesätzen (keine Reklameware od. Dutzendware), nur einzelne Modelle 250,— 175,— 125,— 98,— 62,—
Wollplüsch, Krimmer u. Astrachan, aus besten alten Qualitäten, wunderbar ausgeführt, sehr, sehr billig.

Pelzmäntel
Wundervolle, echte Felle, beste Kürschnerarbeit, aus Ia Persianer, Sealbisam, Electric etc. 1300,— 1000,— 850,— 675,—
Phantasiestücke, einzelne Modelle, wundervoll, mit echtem Iltis, Fuchsbesatz 550,— 425,— 350,— 275,— 225,— 195,—

Ulster und Mantelkleider.
Bezaubernde Stücke aus guten alten Stoffqualitäten, dicken, molligen Qualitäten für den strengsten Frost, Glockenformen, recht weit u. lang, mit echtem Pelz, 100,— 75,— 59,— 45,— 39½
Vorjährige Ulster, beste wollene Qualitäten, darunter Modelle, ohne Bezugsschein, da nicht bezugsscheinpflichtig. 38,— 19½ 22,— 18,—

Kostüme.
Modell-Kostüme, Ia Samt, mit Iltis echten Pelzbesätzen, reinwollener Kammgarn, Meisterstücke, Ia Stoffe, beste Arbeit, 195,— 145,— 106,— 74,—
Wundervolle Kammgarn- u. Phantasie-Kostüme 68,— 52,— 40,— 33,—
Vorjährige Winter-Modell-Kostüme 36,— 29,— 22,— 18,—

Modelle Samt- und Seidenröcke 50,— 40,— 28,— Lodenmäntel 33,— 25,— Seiden- u. Samtkleider Modelle 100,— 75,— 53,—

Besonderer Gelegenheitskauf!!!
Gummimäntel und Seidenmäntel mit passender Kappe, in Ia Kaschmir, Feinköper, Kammgarn, imprägnierten Seidenstoffen in den wunderbarsten Qualitäten und Farben, darunter Prachtstücke Modelle, Glocken- u. Gürtelformen 67,— 58,— 44,— 36,—
Einfache Gummimäntel, Glockenformen 32,— 29,— 22,— 18,—
Herren-Gummimäntel in allen Weiten vorhanden 50,— 38,— 24,—

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung. Für stärkste Figuren passende Stücke vorrätig.

I. Geschäft Mohrenstraße 37a (Kolonnaden). **Westmann** II. Geschäft Gr. Frankfurter Str. 115, nahe Andreasstraße.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Verein der Freidenker für Feuerbestattung zu Berlin.

Nachruf.

Am 14. Oktober verstarb unser Mitglied, Frau

Frida Märkisch

geb. **Weymann.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung ist bereits in Treptow erfolgt.

287/8 **Der Vorstand.**

Treues Gedenken!
zum Sterbetage meines lieben Mannes und guten Vaters, Bruders, Schwagers und Schwiegersohns

Karl Diener

Musketier im Inf.-Reg. 97, geb. 4. 6. 1882, gef. 21. 10. 1915.

In schmerzlicher Erinnerung
Witwe **Erna Diener** geb. Liebeke.
Karli, sein Sohnemann, nebst Angehörigen.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Knabenanzüge,
Paletots und Pyjacks.
Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen befindet sich jetzt
Königstr. 55 I., gegenüber Rathaus.
Bezugsscheine vorrätig!

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: **P. Golletz**
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10303

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, **Ehrlich-Hata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Sprchst. 12-2, ½6-½9, Sonntags 11-2. Honorar mäß., a. Teilzahl.
— **Separates Damenzimmer.** —

Josetti-Cigaretten
Juno .... 2½ ₰
Vera .... 3½ ₰
Eljen .... 6 ₰
einschl. Kriegszuschlag.
Qualität unverändert erstklassig!

Kreuz und quer durch den Balkan
Eine Reisebeschreibung von Ludwig Lessen — Mit Zeichnungen v. Ilse Schütze-Schur
Gebunden Mk. 1,50
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 3, Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz-Buckow.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Richard Harms

am 9. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

198/1 **Der Vorstand.**

Sanft entschlafen ist meine liebe Gattin

Gertrud Pluge

geb. Pilgermann. 150R

Dies zeigen hiermit an
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. ds., nachmittags 3½ Uhr, in Stahnsdorf statt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler
(Ersatzkasse, Hamburg).

Sonntag, den 22. Oktober 1916, vormittags 10½ Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

Bezirk **A. Gewerkschaftshaus,** Saal 9, Engelufer 15,
Bezirk **B. Restaurant Ehlert,** Kottbuser Straße 10,
Bezirk **C. Restaurant Zaffe,** Alte Jakobstraße 61 (Ecke Sebastianstraße),
Bezirk **D. Restaurant Altmann,** Invalidenstraße 156.

Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom II. und III. Quartal 1916. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 39/13

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich. — Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham Engl. Moselwein- u. Römertrank-Kell. C. 25 Barnimstr. 8a. Fernsp. Kgst. 13706

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 58 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brotbäck. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
G. Meier, Grünerweg 27.
Otto Wolff, Treptow, Kiefholzstr. 18.
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 68a

Bandagen, Gummiw.
R. Baake, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R. 45 Verkaufsstellen 45
Uhly & Wolfram

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2961, 2962

Drogen und Farben
...erder-Drogerie, Frtz. Badewerst. 5a

Essigfabriken
Timner-Essig überall erhältlich!

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck Inh.: Herm. Gerbsch Charlottenburg, Berlinerst. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kongal, Alte Jacobstr. 26.

Herren-u. Knabengard.
J. Baer Gadstr. 20, Ecke Prinzen-Allee.
Leshkow & Slupecki, Schönh.-Allee 7

Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schliemannstr. 11.

Kaffee-Röstereí
Anerkannt vorzüglichste Bezugsquelle **Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft **Emil Tengelmann**

Kohlhandlungen
Bethke, Georg, Reuchlinstraße 44. Neukölln, Weserstr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 185, Friedelstr. 33 Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.

F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 1, auch Gelegenheitskf.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 36 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nklln., Bergstr. 148

Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 69

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Akt.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 60

Versicherungen
„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 3.

Spandau
Schreuerlein, Breitestr. 35, Fleisch- u. Wurstw.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Soziales.

Arbeitszwang für Kriegerfrauen.

Die Hereinbringung der Kartoffelernte leidet zweifellos unter einem Mangel der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Die Landwirtschaft, in der auch im Frieden um diese Jahreszeit am meisten zu tun war, wo jetzt infolge Vergrößerung der Anbaufläche aber noch vermehrte Arbeit vorhanden ist, hat ebenfalls Millionen tüchtiger männlicher Arbeitskräfte abstoßen müssen. Die weiblichen Landbewohner, die an deren Stelle treten mußten, können jedoch selbst bei größter Anstrengung die fehlenden Männerkräfte nicht im entferntesten voll ersetzen. Man mußte sich deshalb an die Städte wenden, um von dorther Erntehilfe zu erhalten. Männliche Arbeitskräfte sind aber auch in den Städten kaum noch übrig, und auch die kräftigeren Frauen finden dort leicht Beschäftigung. Was an untätigen Arbeitskräften in den Städten noch vorhanden ist, sind nur noch Frauen und Mädchen aus leichteren Berufen und Kriegerfrauen, denen eine starke Kinderzahl oder andere Umstände nicht gestatten, irgendeinem Erwerb nachzugehen.

Die Frauen und Mädchen ohne Anhang werden wohl zum großen Teil gerne bereit sein, aufs Land zu gehen und bei der Ernte zu helfen, wenn man ihnen dort einigermaßen erträgliche Arbeitsbedingungen verschaffte. Dem ist aber nicht überall so, sondern es mehren sich im Gegenteil die Klagen darüber, daß auf Gütern in bezug auf Verpflegung und Schlafgelegenheit vieles alles zu wünschen übrig bleibt. Selbst in rechtsstehenden bürgerlichen Blättern, z. B. in der „Tägl. Rundschau“, werden lebhafte Klagen über die Behandlung, Verpflegung und Entlohnung von weiblichen Arbeitskräften auf dem Lande laut.

Angesichts dieser Zustände muß es doch Verwunderung erwecken, wenn jetzt einzelne Gemeindebehörden dazu schreiten, die Kriegerfrauen unter Androhung der Unterstützungsentziehung zur Arbeitsleistung bei der Kartoffelernte zu zwingen. Aus Berlins Umgegend nennen wir beispielsweise Liebenwalde.

Die Regierung müßte vor allem dafür Sorge tragen, daß die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande verbessert werden. Bei den hohen Preisen, die die Landwirte jetzt für ihre Erzeugnisse erhalten, müssen sie doch wenigstens solche Löhne zahlen, daß auch ungeübte Arbeiterinnen damit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Unter diesen Voraussetzungen werden denn auch freiwillige Arbeitskräfte genügend vorhanden sein, und man braucht nicht zu dem Zwangsmittel zu greifen, Kriegerfrauen aufs Land hinaus zu senden oder ihnen die Unterstützung zu entziehen. Allerdings müßte die Regierung, wenn die diesjährige Ernte nicht gefährdet werden soll, schnell und unverzüglich handeln.

Vom Dienstvertrag ländlicher Arbeiter.

Der Instmann Bianger war auf dem Gutshof des Herrn Knitter in Amalienfelde vertraglich als Gespannknecht tätig. Wegen eines zerbrochenen Pfluges kam es eines Tages zu einer Auseinandersetzung zwischen B. und K. Der Gutsherr wies B. darauf aus dem Stall und schob ihn, indem er ihn an die Schulter packte, aus dem Stall. Schließlich forderte ihn K. auf, Kartoffeln aufzusammeln. Bianger verließ aber den Dienst und kehrte trotz Aufforderung nicht wieder zur Arbeit zurück.

Wegen unberechtigter einseitiger Aufgabe des Dienstes vor Ablauf der vertraglichen Frist wurde B. demnächst von der Strafkammer in Danzig zu einer Strafe verurteilt. Er sollte das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, übertreten haben, und zwar in Verbindung mit einer auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes erlassenen Anordnung des kommandierenden Generals vom 21. Mai 1915, wodurch mit Strafe bedroht werden solche ländliche Arbeiter beiderlei Geschlechts, die unter einseitiger Verletzung des Vertrages oder ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung des Dienstherrn den Dienst verlassen.

B. legte beim Kammergericht Revision ein und machte unter anderem geltend, daß das Aufsammeln von Kartoffeln nicht von ihm hätte verlangt werden können. Als Pferdeknecht brauche er nur Arbeiten zu verrichten, die mit den Pferden zusammen hingen. Die Arbeit mit den Pferden habe er aber nicht mehr machen sollen. Er sei deshalb zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen. Im übrigen hätte er als alter Mann sich auch nicht von Knitter rütteln lassen brauchen, was dieser getan habe, als er ihn an die Schulter faßte.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Gründe: Nach den gerichtlichen Feststellungen sei Angeklagter als Pferdeknecht in Arbeit genommen worden. Als solcher brauche er aber nur als Pferdeknecht zu arbeiten und war nicht verpflichtet, Kartoffeln aufzusammeln, nachdem ihn der Gutsherr aus dem Stall gewiesen hatte. Es frage sich jedoch noch, ob sich die bisherigen Feststellungen des Landgerichts in einer neuen landgerichtlichen Verhandlung nicht dahin ergänzen ließen, daß die Rückkehr zur Arbeit, zu der B. nachher durch den Hofmeister aufgefordert wurde, eine Rückkehr zur Arbeit bei den Pferden sein sollte. Nur wenn das der Fall wäre, würde den Angeklagten ein Verschulden treffen. Im anderen Falle wäre er freizusprechen.

Gegen die Waisenkinder.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich „grundsätzlich“ eine Entscheidung zuungunsten der Vollwaisen getroffen, die nach Abhilfe ruft.

Die Reichsversicherungsordnung sagt, daß Witwengeld und Waisenrente gewährt werden, „wenn . . . die Witwe zur Zeit der Fälligkeit der Bezüge selbst die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat“ (§ 1252 R.V.O.). Und weiter: „Das Witwengeld wird beim Tode des Ehemannes fällig, die Waisenaussteuer bei Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres der Kinder“ (§ 1264 R.V.O.). Die Begründung zur Reichsversicherungsordnung erklärt hierzu, daß für die Zubilligung der Waisenaussteuer „ebenso wie beim Witwengeld im allgemeinen das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend“ sein müsse. Es sei aber auch den Waisen die Waisenaussteuer nicht vorzuenthalten, wenn die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes bis zum Zeitpunkt der Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt habe, sei es, daß sie beim Tode des Ehemannes die erforderliche Zahl der Beiträge noch nicht entrichtet oder die Beitragsleistung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen gehabt hat.

Nun bezog beim Ableben eines Versicherten dessen Ehefrau selbst die Invalidenrente, hatte also zweifellos beim Tode des Ehemannes den Anspruch auf die Invalidenrente erworben. Sie starb dann, bevor die Kinder das fünfzehnte Lebensjahr vollendeten. Als dieser Zeitpunkt eintrat, stellte der Vormund den Vollwaisen Antrag auf Gewährung der Waisenaussteuer. Die Landesversicherungsanstalt lehnte den Antrag ab, „weil die Mutter bereits verstorben, ihre Anwartschaft auf die Invalidenrente also nicht mehr bestehe“. Das Oberversicherungsamt hielt im Berufungsverfahren den Anspruch für gerechtfertigt. Es verwies aber, da es sich um eine noch nicht feststellte Auslegung einer gesetzlichen Vorschrift von grundsätzlicher Bedeutung handelte, die Sache zur Entscheidung an das Reichsversicherungsamt.

Dies bestätigte nun in einer grundsätzlichen Entscheidung („Amtl. Nachr.“ 1916, S. 635) den ablehnenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt. Es führte aus, daß „die wohlwollende Absicht des Gesetzgebers im Gesetze selbst keinen Ausdruck gefunden“ habe. Nach dem Wortlaut des § 1252 im Zusammenhalt mit § 1264 der Reichsversicherungsordnung erscheine nur die Auslegung zulässig, daß für die Ansprüche auf Witwengeld und Waisenaussteuer einheitlich der Zeitpunkt der Fälligkeit dieser Bezüge maßgebend sein solle. Hiernach sei der Anspruch auf Waisenaussteuer nicht begründet, wenn die Witwe vor Eintritt der Fälligkeit dieses Bezuges verstirbt.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts sind die Vollwaisen eines Versicherten stets von dem Anspruch auf die Waisenaussteuer ausgeschlossen. Das Reichsversicherungsamt verkennt diese Tatsache nicht, hält sie aber wegen des Gesetzestextes für unvermeidlich.

Uns dünkt, daß das Reichsversicherungsamt auch ohne Deutungszwang zu einer andern Rechtsauslegung hätte kommen können. Auch der große Heymannsche Kommentar zur Reichsversicherungsordnung (Hanow u. Lehmann, Anm. 8b zu § 1252) nimmt eine andere Rechtsstellung ein. Die Rechtsstellung des Reichsversicherungsamts zwingt zu einer Aenderung des Gesetzestextes, so daß in ihm die „wohlwollende Absicht des Gesetzgebers“ unzweideutig Ausdruck erlangt.

Das erste konsumgenossenschaftliche Bauerngut in der Schweiz.

Die im Juli in Schaffhausen abgehaltene Delegiertenversammlung des Schweizerischen Konsumverbandes bewilligte einen Kredit von 350 000 Fr. zur Erwerbung landwirtschaftlicher Güter und wenige Monate nachher ist damit nun der erste Schritt getan worden. Die Verbandsleitung hat das Landgut zum „Schlachthof“ bei Sempach, das auf dem historisch berühmten Schlachtfeld vom 9. Juli 1386 gelegen ist und 95 Jucharten (34,2 Hektar) Land umfaßt, um den Preis von 180 000 Fr. ohne Inventar gekauft. „Kenner der Verhältnisse erachten den Preis als angemessen,“ schreibt der „Schweizer. Konsumverein“, das Organ des Verbandes. Das erste konsumgenossenschaftliche Landgut umfaßt Wald-, Wies-, Kartoffel-, Getreide- und Streuland sowie zirka 500 Obstbäume. Der Viehbestand zählt 31 Kühe, 4 Rinder, 7 Kälber, 2 Zuchtochsen, 2 Pferde, 52 Schweine und 34 Hühner.

Wir wünschen dem ersten genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieb in der Schweiz im Interesse der guten Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens vollen Erfolg!

Nachträgliche Bezahlung von Ueberstunden.

Eine Probierdame, die bei der Konfektionsfirma Kraft u. Levin beschäftigt war, forderte durch eine Klage beim Gewerbegericht Bezahlung der Ueberstunden, die sie in den sechs Jahren, wo sie bei der Beklagten in Stellung war, gemacht hat. Die Klägerin gab die Zahl der Ueberstunden schätzungsweise auf 200 in jedem Jahre an und forderte einen Betrag von über 1000 M. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß die Firma bei Ausbruch des Krieges die Gehälter ihrer Angestellten auf die Hälfte herabgesetzt, später aber wieder etwas erhöht und sich verpflichtet hat, während des Krieges keine Entlassungen vorzunehmen. Die Klägerin ist während des Krieges entlassen worden. Sie hat deshalb in einem früheren Prozeß um Nachzahlung der Gehaltsdifferenz geklagt, die ihr vom Gericht auch zugesprochen worden ist.

Jetzt forderte sie auch die Bezahlung der Ueberstunden, wogegen die beklagte Firma den Einwand erhob, daß mit der Klägerin keine bestimmte Arbeitszeit vereinbart gewesen sei und jede der Probierdamen abwechselnd über die übliche Geschäftszeit hinaus habe tätig sein müssen. Eine Verpflichtung zur Bezahlung von Ueberstunden bestritt die Firma. — Vom Vorsitzenden wurde der Klägerin bedeutet, daß ihre Forderung, soweit sie sich auf vor dem 1. Januar 1914 geleistete Ueberstunden bezieht, verjährt sei und daß auch im übrigen die Berechtigung ihres Anspruchs zweifelhaft sei, weil die Klägerin während der ganzen Zeit ihrer Beschäftigung niemals Bezahlung der Ueberstunden verlangt, sondern ihr Gehalt ohne Einwendungen entgegengenommen habe.

Nach längeren Verhandlungen stimmte die Klägerin einem Vergleich zu, wonach sie vom Beklagten 300 Mark als Ueberstundenentschädigung erhält.

Gerichtszeitung.

Höchstpreisüberschreitung und Preisprüfungsstelle.

Das Kammergericht entschied jetzt über den eigenartigen Prozeß gegen den selbständigen Leiter der Lebensmittelabteilung des Warenhauses Tietz.

Kleinhändler waren mit den vom Berliner Magistrat durch Verordnung vom 9. Februar 1916 für den Kleinhandel für Möhren und Karotten festgesetzten Höchstpreisen nicht einverstanden. Man rief die Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin an. Der Fachausschuß trat dann zusammen. Dieser beschloß nach Anhörung Sachverständiger, zu denen auch Herr Dehr, der selbständige Leiter der Lebensmittelabteilung des Warenhauses T., gehörte, daß für gewaschene Möhren die Kleinhändler 11 Pf. pro Pfund nehmen sollten, statt 8 Pf., wie der Magistrat damals den Höchstpreis bestimmt hatte. Von Karotten wurde nicht gesprochen, man ging aber davon aus, daß für sie eine entsprechende Erhöhung des Preises eintreten sollte! Der vom Magistrat für Karotten bestimmte Höchstpreis betrug 11 Pf. — Eine Veröffentlichung des Beschlusses des Fachausschusses der Preisprüfungsstelle lehnte der Vorsitzende mit dem Hinweise darauf ab: das ginge nicht, weil ja eigentlich der Beschluß mit der Höchstpreisfestsetzung im Widerspruch stehe. Dagegen würden, so erklärte der Vorsitzende, etwa bei der Preisprüfungsstelle eingehende Anzeigen gegen Händler nicht weitergegeben werden.

Tatsächlich wurden auch Anzeigen nicht weitergegeben, mit einer auf einem Zufall beruhenden Ausnahme. Diese Ausnahme betraf den erwähnten Dehr. Dieser hatte Anfang März für solche Karotten, die er erst hatte waschen lassen, den Verkaufspreis auf 15 Pf. pro Pfund bestimmt, während der vom Magistrat bestimmte Höchstpreis 11 Pf. betrug. Eine Käuferin, die für zwei Pfund 30 Pf. bezahlt hatte, brachte dies zur Anzeige.

Das Landgericht verurteilte Herrn Dehr wegen Ueberschreitung der Höchstpreise zu einer Geldstrafe von 60 Mark. Es verwies auf die oben mitgeteilten Vorgänge und führte aus: Jener Beschluß des Fachausschusses der Preisprüfungsstelle sei ungültig, denn er verstoße gegen das Gesetz, wonach die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen lediglich eine gutachtliche sein solle. Es habe der Fachausschuß bewußt seine Befugnisse überschritten.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Die Revision könne keinen Erfolg haben. Es sei ausdrücklich vom Landgericht festgestellt worden, daß der Angeklagte wußte, daß der Höchstpreis niedriger war. Und ferner habe der Angeklagte nach den Feststellungen gewußt, daß die Preisprüfungsstelle, mit der die Kleinhändler verhandelt hatten, nicht befugt gewesen sei, irgend welche eigene Anordnungen zu treffen. Der Angeklagte habe es aber darauf ankommen lassen. Dafür müsse er bestraft werden.

Hinterzogene Textilwaren.

Wegen Vergehens gegen die Beschlagnahmeverordnung des Oberkommandos in den Marken vom 1. Februar 1916 waren gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I die Kaufleute Levin, Haike, Blumenthal, Goldener, ferner die Kontoristin Wessel sowie die Kauffrau Fuchs angeklagt. Sie waren beschuldigt, beschlagnahmte Futter- und Unterhosen ver- resp. gekauft oder Beistand dazu geleistet zu haben. Ferner wurde ihnen zur Last gelegt, die Bestandsanmeldung unterlassen und kein Lagerbuch geführt zu haben. Mit Rücksicht auf die Gefahren, die infolge solcher Vergehen entstehen können, beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptbeschuldigten Levin sechs Monate Gefängnis und 8000 M. Geldstrafe, gegen Haike und Blumenthal 10 000 resp. 5000 M. und gegen die anderen drei je 500 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte gegen Levin auf 10 000 M. gegen Haike auf 8000 M. und gegen Blumenthal auf 4000 M. Geldstrafe. Die übrigen wurden zu je 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus aller Welt.

Ein streikender Gerichtshof.

Das Tribunal von Mansfield ist laut „Daily Mail“ in Streik getreten und amtiert seit Anfang der Woche nicht mehr. Die Ursache des aufsehenerregenden Vorfalles ist darin zu erblicken, daß die englischen Militärbehörden den Spruch des Gerichtes in einer Reklamationsangelegenheit mißachtet und sich selbstherrlich über ihn hinwegsetzten. Die Mitglieder des Gerichtshofes haben erklärt, ihre Tätigkeit nicht früher aufzunehmen, als bis sie vollkommene Genugtuung von seiten der Militärbehörden erhalten hätten.

Englische Bergleute als Autobesitzer.

Im „Basler Anzeiger“ findet sich folgende bezeichnende Notiz: Vor dem englischen Gericht hatte sich kürzlich ein Kohlenhauer zu verantworten, weil er vorschriftswidrig Benzin verbrauchte. Bei der Gerichtsverhandlung sagte der Polizeiinspektor aus, die Bergleute in Wales verdienten jetzt so hohe Löhne, daß sie sich eigene Automobile leisten könnten. — Der Herr Polizeiinspektor scheint uns doch ein bißchen zu stark aufgeschnitten zu haben.

Die Ehrenlegion für Mütter von zwölf Kindern.

Der französischen Kammer ist ein Gesetzentwurf zugegangen, demzufolge, wie der „Matin“ mitteilt, jeder französischen Mutter, die zwölf Kindern das Leben geschenkt hat, das Band der Ehrenlegion verliehen werden soll. Die Auszeichnung soll nur vorbestraften oder übel beleumundeten Müttern vorenthalten werden dürfen. Der Gesetzentwurf hat Aussicht auf Annahme, da die Kammer jedes Mittel, das die Hebung der französischen Geburtenziffer zu fördern geeignet ist, gutheißen muß, um sich nicht in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung und dem dringenden Interesse des Landes zu setzen.

Hungertod eines Goldsuchers. Der Entdecker der Goldfelder von Klondyke, Shokum Jim Madow, ein Indianer, ist kürzlich, wie die „New York Evening Post“ meldet, in Carcross (Territorium Yukow) in größter Armut an Entkräftung gestorben. In Gemeinschaft mit einem anderen Abenteurer aus Seatle, George Carmack, hatte er vor 20 Jahren das erste Gold in Alaska gefunden und ungeheure Reichtümer geerntet, die er in kurzer Zeit völlig sinnlos vergeudete. Eines Tages erschien er mit einer halben Million Goldklumpen in Seattle und warf beträchtliche Summen buchstäblich zum Fenster seines Hotels hinaus, da es ihm ungeheuren Spaß machte, zu sehen, wie sich die Straßenjugend um das Gold balgte.

Winters Einzug. Während wir in Berlin erst nur eine empfindliche kalte Temperatur verspüren, hat in anderen Gegenden der Winter seinen Einzug bereits durch Schneefälle angekündigt. Im Thüringer Wald liegt der Schnee sechs Zentimeter hoch. Südbayern zeigt schon völlig eine Winterlandschaft. Auch aus Kassel und ebenso aus Görlitz wird Schneefall gemeldet. Teilweise ist auch schon Frostwetter eingetreten.

Erdbeben in Algier. „Echo de Paris“ meldet aus Algier, daß dort Mittwoch nacht ein ziemlich starker Erdstoß verspürt worden sei; angeblich sei kein Schaden entstanden.

Würmer, die einen Zug zum Stehen bringen. Ein höchst merkwürdiges Ereignis wurde, wie das „Journal des Débats“ zu melden weiß, auf der Strecke der russischen transsibirischen Eisenbahn beobachtet. Dort wurde nämlich ein Zug durch Würmer zum Halten gebracht. Der Stationsvorsteher von Berskaia telegraphierte nach Tomsk, daß in der ersten Hälfte des Monats September der ganze Bahndamm auf einer Länge von mehreren Werst über und über mit sogenannten Erdwürmern bedeckt war. Millionen dieser Würmer wimmelten auf den Schienen und den Bohlen und bedeckten die ganze Strecke mit einer hohen beweglichen Schicht. Vor diesem neuartigen Hindernis mußte der Zug, der nach dem Altai unterwegs war, haltmachen, denn die Räder, die aus den Würmern eine feste glitschige Masse machten, glitten sehr auf den Schienen und kamen darum nicht vorwärts. Daher mußte man die ganze Strecke vorsichtig mit Sand bestreuen, und erst dann konnte der Zug in langsamer, vorsichtiger Fahrt seine Reise fortsetzen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise neblig, im Norden sonst trocken und ziemlich heiter, im Süden vielfach wolkig und geringe Niederschläge; überall sehr kühl und an vielen Orten Nachtfrost.

Eingegangene Druckschriften.

Krieg und Kunst. Von Dr. O. Doering. 1,20 M. Das Stabfechten. Von P. J. Busch. Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach.

Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/16. Heft 101—106. Jede Woche ein Heft. 25 Pf. Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Die Grundlagen des ursächlichen Pazifismus. Von Dr. A. H. Fried. 1,20 M. Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1915. 187 S. Selbstverlag in Zürich, Volkshaus.

Unsere Feinde. Charakterköpfe aus deutschen Kriegsgefangenenlagern. Von O. Stiehl. 1,20 M. J. Hoffmann, Stuttgart.

Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier. Nr. 18: **Die russische Märzoffensive 1916.** — Nr. 19: **Die Schlacht an der Somme im Monat Juli.** — Nr. 20: **Die russische Sommeroffensive 1916.** Einzelnummer 25 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Das Monopol. Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von N. Rubin. 3 M., geb. 4,50 M. Sozialer Verlag, Berlin, Hildegardstr. 6.

Die Winterkükenzucht und ihre Vorteile. Von Bergmann. 50 Pf. — **Kaninchenzucht als Liebhaberei und Einnahmequelle.** Von P. Mahlich. 1 M. Verlag: F. Eisenmingkorn, Berlin W 57.

Säuglingspflege in Reim und Bild. Von Elisabeth Behrend. 1 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Taten und Gedanken. Gedichte von R. Elsner. 75 Pf. Selbstverlag in Berlin-Pankow, Kavalierstr. 1.

Die Kriegsschauplätze. Herausgegeben von Dr. A. Heilner. Heft 5: **Der Kriegsschauplatz in Armenien und Mesopotamien.** Von Prof. Dr. F. Frech. Geb. 2,40 M. — B. G. Teubner, Leipzig.

Der Mittler. Novellen von L. Strauß. 3 M., geb. 4 M. — Hyperionverlag, Berlin SW. 61.

Insel-Bücherei. Nr. 200: **Li-tai-pe.** Nachdichtungen von Klabund. — Nr. 201: **Die großen Mächte.** Von L. v. Ranke. — Nr. 202: **Entwurf einer neuen Aesthetik der Tonkunst.** Von Ferruccio Busoni. — Nr. 203: **Eine Erzählung aus dem alten Orient.** Von Gilgamesch. — Nr. 204: **Jüdische Geschichten.** Von J. L. Perez. — Nr. 205: **Emile Zola.** Von Gustave Flaubert. Einzelnummer geb. 60 Pf. Insel-Verlag, Leipzig.

Til, der Wanderer. Novellen von A. Petzold. geb. 1,50 M. Reuß u. Itta, Konstanz.

Nie!? Offene Worte eines Schweizers an die Deutsche Nation. 7 S. Kommissions-Verlag W. Schneider u. Co., St. Gallen.

Jahresbericht der Königlichen Bibliothek zu Berlin 1915/16. 48 S. Selbstverlag in Berlin NW 7.

Allerhand Humore. Von L. Anzengruber. Feldausgabe 50 Pf. Breitkopf u. Härtel, Leipzig.

Das Schlossergewerbe zu Berlin. Von Dr. P. Flatau. 4,50 M. Druck von E. Herrmann, Leipzig.

Türkischer Sprachführer. Von Dr. P. Brönnle. 1,25 M. Hesse u. Becker, Leipzig.

„Die Glocke". Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Parvus. Heft 29. 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Dem deutschen Volke. Die Wahrung seines Vermögens und seines Geldes durch Selbsthilfe. 31 S. 2 M. Verlag der „Selbsthilfe des Volkes" Frankfurt a. M.

Die Zentralstelle für volkstümliches Bücherwesen zu Leipzig. 60 Pf. — **Bücherverzeichnis der Städtischen Bücherhallen zu Leipzig.** Kriegswissenschaft. 1 M. — **Vom Balkan bis Ostasien.** 1 M. Th. Thomas, Leipzig.

Beiträge zum Wiederaufbau der Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege. Von Frau Dr. Altmann-Gottheiner u. a. 1,50 M. — **Das Recht der gewerblichen Kinderarbeit.** Von F. Herrmann. 80 Pf. — **Die Bekämpfung des Wuchers mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs.** Von Szczesny, Dr. H. Neumann u. Dr. H. Potthoff. 3 M., geb. 4 M. J. Heß, Stuttgart.

Ein Arbeitstarifgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht. Von H. Sinzheimer. Geb. 8 M. — **Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten.** Von Dr. H. Herkner. 3. Teil. Geb. 4 M. — **Die Aufgaben der Sozialpolitik im österreichischen Osten.** (Juden- und Bauernfrage.) Von Dr. E. Ehrlich. 1,50 M. — **Christentum und Sozialismus.** Von Dr. L. M. Hartmann. 1 M. Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

„Arbeiterpolitik". Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Heft 17. 15 Pf. Verlag in Bremen, Waller-Heer-Straße 52.

„Para pacem". Oesterreichischer Verband für allgemeine Völkerverständigung. Heft 3/4. 80 Heller. C. Fromme, Wien und Leipzig.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 10. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jedes Monats. Viertelj. 1,20 M. Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO 16.

Die Kriegsziele unserer Feinde. Von H. Binder. 50 Pf. Krüger u. Co., Leipzig.

Die Hilfssprache der Mittelmächte und Neutralen. (Esperanto, kurz gefaßt.) 1,50 M. G. Birk u. Co., München.

Amerika von Washington bis Wilson. Von E. A. Bratter. 1 M. Ullstein u. Co., Berlin SW 68.

Deutschlands Rohstoffversorgung. Von W. Rathenau. 60 Pf. S. Fischer, Berlin, Bülowstr. 90.

Die fleischlose Küche. Von Dr. J. Marcuse u. Bernhardine Woerner. 1 M. E. Reinhardt, München.

Max Stirners kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes: „Der Einzige und sein Eigentum." Herausgegeben von J. H. Mackay. 417 S. B. Zacks Verlag, Treptow bei Berlin.

Grösstes preiswertes Lager in
Ulster, Paletots, Joppen und Hosen

S. JOSEPH
SCHÖNEBERG
Hauptstr. 1, Ecke der Grunewaldstraße

Modernes preiswertes Lager in
Anzügen
für **Herren, Burschen u. Knaben**

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Süden
Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bäcker- u. Konditoreien
F. Radloff Nklln., Allerstr. 37 Anerkannt gut. Kuchen.

Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.
G. Hegber Karlsgarten 15 f. Fleischw. u. Aufschn.

So lange der Vorrat reicht
KORN KAFFEE
H. kandiert
Paket à 300 gr. 27 Pfennige
Johannes Gerold
Berlin, Lützowstraße 94

Mehlhdlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaust. 97
A. Schleinitz, Mariannenst. 14

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Uhren, Goldwaren
S. Fenske, Kottbus. Damm 96
Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild — Geflügel — Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Westen
Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Brauereien
Adelung & Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47 Kreuzbergstrasse 23, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstraße 72.
Spez.: Potsdam. Stangenbier Bürgerbräu.

Fleisch- u. Wurstwaren
Georg Dabelow Potsdamer Strasse 75b.

Gelegenheitskäufe
Rud. Flatauer, Alt-Moab. 110.

Solange der Vorrat reicht
KORN KAFFEE
H. kandiert
Paket à 300 gr. 27 Pfennige
Johannes Gerold
Berlin, Lützowstraße 94

Weine, Fruchtsäfte, Liköre
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Charlottenburg
Otto Gaege Mehlhdl., Kolonw. Wilmersd. Str. 60-61.
O. Grätz Schuhw.-Lag., Rep. bill. Lützower Str. 7.

Nowawes
A. Kieper
Friedrichstr. 28
Damen-, Kinder-Konfektion

Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 57, Schönwalderstr. 13/14, Pichelsdorferstr. 12.

Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderst. 87.

Alfred Bartels, Breitestr. 35 Schirme, Leder-, Drechslerw.
A. Markgraf, Brüderst. 11 Eck. Jägerst. Lamp., Gls., Porzll., Steing.
M. Tornow Goldschmiedemst. Markt 10, gegr. 1839.

Schuhhaus
Schöneberg
Hauptstraße 160
Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.
Wilmersdorf
Augustastraße 1.
Für den Winter:
Filz- und Kamelhaarschuhe
für Damen- Herren und Kinder
in sehr großer Auswahl.
Billigste Preise!

Pelzwaren eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicken Modellen. Kürschnermeister **Itzig, Kantstr. 50** im Hause der Post.

Kranz- u. Blumenspenden schnell und billig.
Turmstraße 56 **Dabers**
Moabit 6131.

Reuters Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Pelzwaren
wegen Einberufung enorm billig.
Alaskafuchs-Kragen . . M. 18.— an
Skunkskragen . . . . „ 50.— „
Imit. Alaskafuchs . . „ 12.— „
Marder . . . . . . „ 60.— „
Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.
Poczter, Kürschnermstr., Kottbuser Damm 15.
Bitte genau Hausnumm. zu beacht.

Bücher und Zeitschriften jeder Art liefert die Buchhandl. Vorwärts. Bestellungen nimmt jede Filialexpedition sowie die Zeitungsträgerin entgegen.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für **alle Krankenkassen**

So lange Vorrat reicht
liefert die
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Beyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reiseschilderungen aus Aegypten. Statt Gebd. 6,— Mk. für 1,50 Mk.

Lewes, G. H., Goethes Leben und Werke. Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien. Statt Gebd. 6,— Mk. für 3,— Mk.

Bode, Dr. W., Geschichte der deutschen Plastik. Statt Gebd. 18,— Mk. für 7,— Mk.

Mantegazza, P., Die Physiologie des Hasses. Statt 7,— Mk. für 1,50 Mk.

Petzet, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. Statt Gebd. 10,— Mk. für 3,50 Mk.

Lehmann, P., Länder- und Völkerkunde. 2 Bände, reich illustriert. Statt 18,— Mk. für 8,— Mk.

Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen Volksbildung" und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 Mk. für 1,— Mk.

Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20,— Mk. für 6,— Mk.

Jacoby, L., Cunita. Ein Gedicht aus Indien. Statt 2,50 Mk. für 0,50 Mk.

Sinclair, Der Industriebaron. Geschichte eines amerikanischen Millionärs. Statt 2,— Mk. für 0,50 Mk.

Preczang, Ernst, Die Glücksbude. Statt 2,— Mk. für 0,50 Mk.

Herzliche Grüße. Geschichten von **Großmann.** Statt 2,— Mk. für 1,20 Mk.
Aus dem Inhalt: Ein nächtlicher Ruf. — Der Verteidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staatsanwalt Dunker. — Die Hinrichtung.

Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Ball. Statt Gebd. 3,— Mk. für 0,50 Mk.

Reclam, Prof., Das Buch der vernünftigen Krankenpflege. Winke und Belehrungen für Gesunde und Kranke. Statt Gebd. 5,— Mk. für 1,50 Mk.

Marshall, Dr. W., Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt. Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch. Marshall ist bekannt als ausgezeichneter Kenner der Tierwelt. Statt Gebd. 8,— Mk. für 1,50 Mk.

Büchner, Prof. Dr., Das Buch vom langen Leben oder die Lehre von der Dauer und Erhaltung des Lebens. Statt Gebd. 6,— Mk. für 2,— Mk.

Außerdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclam-Bändchen, je 4 Stück für 0,50 Mk.

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Strasse 119
Eckhaus am Oranienplatz.
Ausstellung der neuesten Muster
Nur Prachtstücke
in Echt Skunks
„ Fuchs
„ Marder
„ Skunks-Oppossum
sowie in allen anderen Pelzarten
zu wirklich billigen Preisen.
Pelz-Hüte
leicht und schick.
Bitte genau auf **Nr. 119 Dresdener Strasse 119** und Firma **Eile zu Weile** zu achten.
Sonntags von 12—2 geöffnet.
Eigene Kürschnerei
Reparaturen
Umarbeitungen.

Den Genossen im Felde
ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein. Darum sendet ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
der parteigenössischen Literatur des Krieges. Sie sind zu beziehen durch die Zeitungsausträger oder direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Winter-Paletots von M. 42.— an
Winter-Ulster von M. 36.— an
Winter-Joppen von M. 11.— an

M. Schulmeister
Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an
Rock-Anzüge von M. 54.— an
Jünglings-Anzüge von M. 29.— an

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.